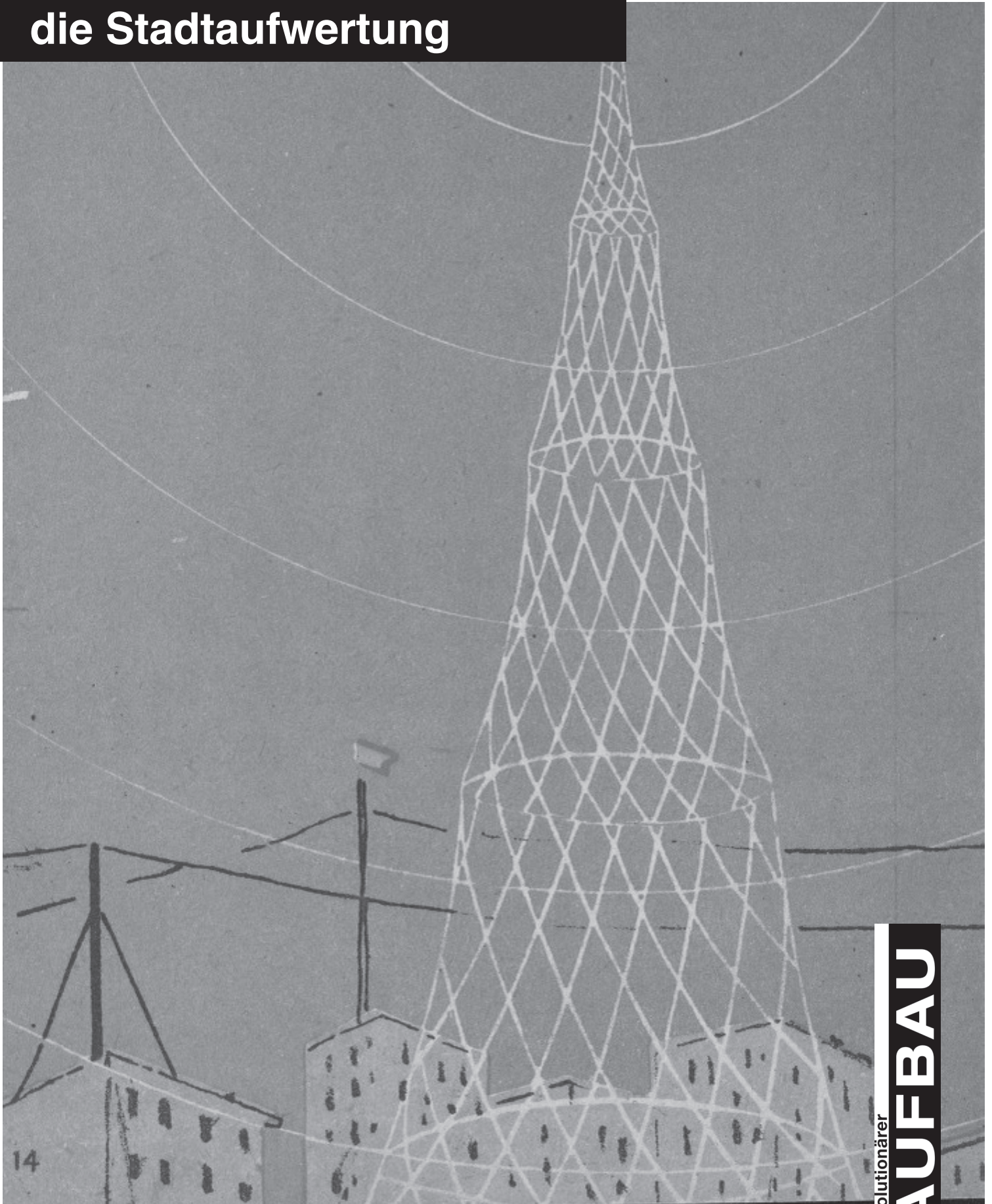


# Beiträge zum Kampf gegen die Stadtaufwertung



14

revolutionärer

**AUFBAU**



# Inhaltsverzeichnis

## **Einleitung**

1 Politökonomische Grundlagen von Immobilien

2 Politische Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung in Zürich

3 Akteure der Stadtentwicklung in Zürich

4 Zürich West im historischen Wandel

5 Das Projekt Langstrasse Plus und andere städtische  
Aufwertungsmassnahmen im Kreis 4 seit den 90er-Jahren

6 Kapitalistische Urbanisierung – was tun?

**Exkurs:** Wenn in der Schweiz gebaut wird - Eine Geschichte über  
ein 10-Millionen-Projekt und die Rolle der Wissenschaft oder die  
Frage, was den Urban Think Tank mit dem Schweizerischen  
Ingenieur- und Architektenverein verbindet



## Einleitung

Die Stadt ist ein vielfach umkämpftes Feld – von oben wie von unten. Treibende Kraft hinter der Stadtentwicklung von oben ist das Kapital, welches den urbanen Raum unabhängig von den Interessen der StadtbewohnerInnen gestaltet. Jede Bewegung von unten, die sich gegen die profitorientierte Veräusserung des Lebensraumes Stadt wehrt, wird von der Gegenseite angegriffen und zerschlagen.

Hier reiht sich der Prozess vom 4. November 2016 ein, in welchem einem unserer Genossen Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung und Gewalt und Drohung gegen Beamte während verschiedenster Besetzungen vorgeworfen wird. Der Prozess aber auch die alltägliche Repression gegen alles, was sich in der Stadt bewegt, bestätigt auch aus der Sicht der Gegenseite die Bedeutung des urbanen Raums und stadtpolitischer Themen für die politische Gegenwart und Zukunft. Diese Relevanz bringt auch gewisse Anforderungen an die Analyse dieses komplexen Feldes mit sich. Dazu möchten wir auf den folgenden Seiten einen Beitrag leisten.

Die vorliegende Broschüre ist ein Sammelwerk aus verschiedenen Beiträgen, die unterschiedliche Aspekte der Stadtentwicklung beleuchten. Verbindendes Element ist der Anspruch, durch theoretische Reflexion und Analyse ein besseres Verständnis für die objektive Situation zu entwickeln und die Erkenntnisse in eine bestehende Praxis einfließen zu lassen. Der Umfang der Broschüre lässt erahnen, dass die Analyse zentrale Elemente erfasst aber keinen umfassenden Anspruch haben kann. Sie knüpft an die Subversion 18 „Stadt im 21. Jahrhundert – Klassenkampffeld im Wandel“ an und

vertieft einige darin noch nicht behandelte Elemente. Das erste Kapitel befasst sich mit der Warenanalyse von Immobilien, den Investitionszyklen und der Bedeutung der Miete. Das zweite Kapitel fragt nach den wichtigsten politischen Pfeilern der Stadtentwicklung in Zürich und hinterfragt insbesondere reformistische Rezepte und Positionen der Stadtpolitik. Im dritten Teil werden die Akteure der Stadtentwicklung in Zürich beleuchtet, mit einem Fokus auf die unterschiedlich beteiligten Verwaltungsabteilungen der Stadt Zürich. Kapitel vier und fünf analysieren konkrete Aufwertungsprogramme in Zürich: „Zürich West“ als Prototyp der geplanten Aufwertung mit Einbezug der EigentümerInnen und „Langstrasse Plus“ als Modell der Aufwertung mit Fokus auf Sicherheit. Kapitel sechs versucht die gesammelten Erkenntnisse zu bündeln und reflektiert gängige Praxisformen des Kampfes um die Stadt, diskutiert strategische Perspektiven und blickt auf verbindende Elemente in einem vielfältigen Politikfeld. Diese Elemente sollen AktivistInnen Reflexionsanregungen bieten und die Praxis des Kampfes um Stadt und eine gerechte Gesellschaft bereichern. Schliesslich wird am Ende der Broschüre in einem Exkurs über die Rolle der Wissenschaft im Städtebau berichtet und die Frage behandelt, was den Urban Think Tank mit dem Schweizerischen Ingenieur- und Architektenverein verbindet.

# 1 Politökonomische Grundlagen von Immobilien

Immobilien sind im Kapitalismus eine Ware. Die Analyse von Immobilien ist nicht ganz einfach, weil gebaute Häuser mehrere Funktionsweisen und Gebrauchsarten haben und auch Mittel zum Zweck sein können – und das auch alles gleichzeitig und möglicherweise durcheinander in einer Immobilie. Der marxistische Stadtforscher David Harvey hat es in seinen Werken verstanden, die Vielschichtigkeit der Warenförmigkeit herauszuarbeiten, die Investitionszyklen zu analysieren und insbesondere die Verbindung zwischen einzelnen Immobilienbesitzenden und dem kollektiv organisierten Akkumulations- und Verwertungsinteresse der kapitalistischen Besitzenden aufzuzeigen, das sich in Phänomenen wie geplanter Stadtentwicklung, Aufwertung und Verdrängung zeigt.

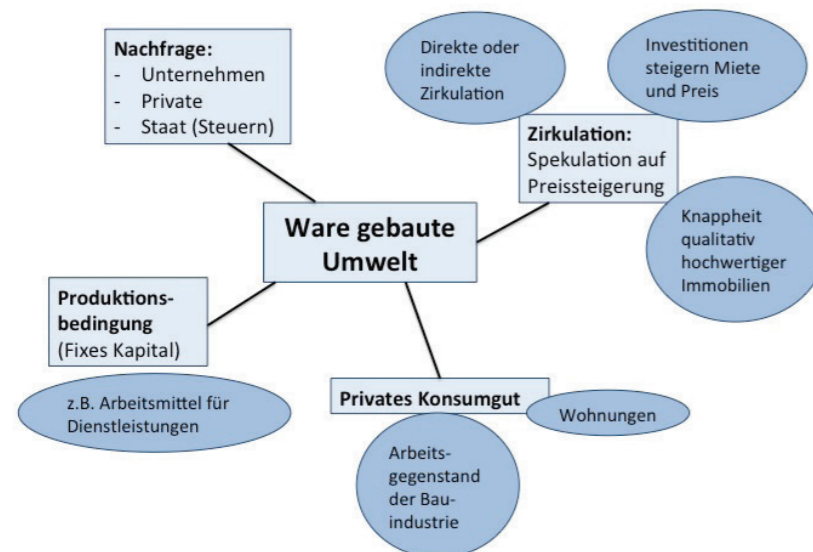
## Warenbegriff

Immobilien sind der Warenkategorie „gebauter Umwelt“ zuzurechnen. Unter gebauter Umwelt kann eine grosse Breite an Bauten gefasst werden. Von Büro- und Wohnimmobilien, über Abwasserkanäle, Fabrikgebäude, Schulen bis hin zu Häfen. Alle diese Objekte sind physisch unbeweglich, was getätigte Investitionen bindet. Gebaute Umwelt kann einerseits ein privates Kon-

sumgut in Form von Wohnungen sein. Es gehört meist Hausbesitzenden, die Miete für die Konsumation der Ware verlangen oder sie selbst konsumieren. Produziert wird das Konsumgut von der Bauindustrie.

Gebaute Umwelt ist jedoch auch den meisten produktiven Prozessen inhärent, da Produktionsprozesse ebenfalls physischen Raum brauchen. Eine Büroräumlichkeit oder eine Fabrikhalle ist Voraussetzung für die Produktion der jeweiligen Ware, somit kann produzierte Umwelt auch fixes Kapital sein, also Arbeitsmittel in einem Produktionsprozess.

In einem dritten Aspekt ist gebaute Umwelt auch als Ware auch für den Staat und seine Institutionen relevant. Einerseits amtet auch der Staat als Eigentümer von Immobilien und entwickelt sie nach seinem Bedarf. Andererseits schafft die Erhebung von Steuern die finanzielle Basis für die Tätigkeiten des Staates an sich. Steuerliche Einnahmen, die Sicherung eines nachhaltigen „Steuersubstrats“ und die Entwicklung einer vorteilhaften Position in der internationalen Konkurrenz um Konzerne, sind heute wichtige Aufgaben der staatlichen Standortförderung. Immobilien als materielle Investitionen sind im Gegensatz zu andern Feldern der Ökonomie leichter zu besteuern und sind aufgrund der relativen Nachhaltigkeit der Investition interessant.



## Investitionszyklen

Im Vergleich zu andern Investitionsfeldern wird gebaute Umwelt meist langsam produziert und ist verhältnismässig arbeits- und kapitalintensiv, bindet also Kapital über einen längeren Zeitraum. Darum handelt es sich um attraktive Investitionsobjekte in Zeiten von Überproduktion in der Industrie, in der „sichere“ Anlageobjekte rar gesät sind. Ob sich Investitionsschwerpunkte von der produktiven Wirtschaft in Immobilien verlagern, hängt neben den ökonomischen Bedingungen und dem Stand der Klassenkämpfe auch stark von lokalen Rahmenbedingungen wie einem funktionierenden Kredit- und Finanzsystem (insbesondere auch die Verfügbarkeit von Krediten und dem Zinsniveau), steuerlichen Anreizen und Investitionsförderungen oder administrativen Umstrukturierungen (z.B. Umzonungen) ab. Wie Kapital in gebaute Umwelt strömt ist also auch stark von politischen Entscheidungen abhängig. Neben ökonomischen spielen auch sozialpsychologische Gründe eine wichtige Rolle. Immobilien können als „Betongold“ und repräsentative Gebäude an einem attraktiven Standort zusätzlichen Reiz entfalten und sind relativ inflationsbeständig. Die Überproduktion von Kapital wird natürlich durch diese Verlagerung nicht überwunden, sondern nur zeitlich-räumlich verschoben. So kommt es auch im Immobiliensektor zu einem Zustand, an dem Kapital nicht mehr gewinnbringend angelegt werden kann und es zu einer Überproduktion und damit zu einer Entwertung kommt. Die Rahmenbedingungen, in denen Kapital in Immobilien fließen, halten also nicht ewig an, sondern verlagern sich wieder. Das ist zurzeit auch in Zürich zu beobachten, wo nach einer Fülle von Grossprojekten viel des sehr rentablen Potenzials ausgeschöpft ist. Die gebaute Umwelt wird im Prozess der Entwertung nicht zerstört, der Gebrauchswert besteht weiterhin. Immobilien können aber günstig erworben werden und Grundlage für eine neue Phase der Kapitalakkumulation im produktiven Sektor sein. Oder aber das Kapital fließt in eine neue Blase..

## Miete und Monopoliemiete

Je nach ökonomischen Rahmenbedingungen können Immobilien stärker oder schwächer in ihrer spekulativen, also typisch kapitalistischen Form auftreten. Die

Aneignung von Miete gleicht dabei Investitionen in Staatsanleihen, Finanzprodukte oder klassische Aktien. Wie andere Formen von fiktivem Kapital ermöglichen Investitionen in Grundbesitz den Anspruch auf einen Anteil des zukünftigen Ertrags der Immobilie. Bei InvestorInnen entsteht dadurch ein starker Anreiz in die Maximierung der Mieterträge. Gleichzeitig orientiert sich damit auch der Grundstückspreis, also der Zirkulationswert einer Immobilie, weniger an den aktuell zu erzielenden, sondern eher der zukünftig zu erwartenden Miete. Unter diesen Rahmenbedingungen entsteht ein vitales Interesse an der „Entwicklung“ von Immobilien. Je nach Marktumfeld können diese Potenziale relativ langfristig sein und es auch erforderlich machen ein Grundstück z.B. als Brache ohne Gebrauchswert zu belassen oder erst zu einem bestimmten Zeitpunkt zu investieren. Immobilienspekulation ist also eine sehr strategische Sache. Das zeigt sich auch in spezialisierten Firmen, die Immobilien entwickeln und der Organisation der EigentümerInnen in Stadtentwicklungsprozessen mit einem langen Zeithorizont.

Grundeigentum hat auch immer einen monopolistischen Charakter, da es die Verfügbarkeit eines spezifischen Grundstücks mit eigenen Standortqualitäten bedeutet und absolute Gestaltungsmacht über diesen Raum verleiht. Unter den Bedingungen der Knappheit von Immobilien, bietet sich damit die Chance zur Aneignung von besonders hohen Mieten und lädt dadurch besonders zur Spekulation ein. In der Mietaneignung liegt auch der Klassencharakter von Grundeigentum. So ist den privaten EigentümerInnen durch kollektiv organisierte, politische Macht möglich, besonders hohe Mieten zu verlangen, insbesondere aufgrund von Standortqualitäten (z.B. attraktive innenstädtische Lage) oder aufgrund von Knappheit für bestimmte Nutzungsformen (z.B. Wohnungsmarkt für einkommensschwache oder rassistisch diskriminierte Menschen). Die Verdrängung von einkommensschwachen Menschen aus den Innenstädten hat also einen eindeutigen Klassencharakter, der sich bestens mit der Immobilie als reines Anlageobjekt verträgt und nicht per se einen subjektiven Charakter haben muss.

# 2 Politische Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung in Zürich

Die Situation in der Stadt Zürich ist durch spezifische Rahmenbedingungen gekennzeichnet, die ihren Ursprung in der ökonomischen und politischen Situation und Geschichte haben. Diese Tradition gibt Zürich in den letzten Jahrzehnten stadtpolitisch ein sozialdemokratisch-reformistisches, aber auch finanzmarktwirtschaftliches Gesicht. Wichtige Begriffe in der städtebaulichen Tradition in Zürich sind der gemeinnützige Wohnungsbau, die soziale Durchmischung und die partizipative Städteplanung. Auf die Zonenordnung als schweizweites, administratives Instrument wird in Kapitel vier anhand der konkreten Planung in Zürich West eingegangen.

## Gemeinnütziger Wohnungsbau

Die stadt- und raumpolitische Situation in Zürich ist mit der Geschichte des gemeinnützigen Wohnungsbaus verknüpft. In der Zwischenkriegszeit und vor allem im Wirtschaftsboom der Nachkriegszeit entstanden hauptsächlich in den Aussenquartieren von Zürich tausende von genossenschaftlichen Wohnungen. Die Grundlage dafür bildeten die Landreserven von Stadtquartieren wie Oerlikon, Seebach, Schwamendingen, Höngg, Friesenberg oder Albisrieden, die nach dem ersten Weltkrieg eingemeindet wurden. Durch einen Planungskonsens der Wohnbaugenossenschaften mit den Planungsbehörden der Stadt, konnten die Genossenschaften vor allem in den 50er-Jahren relativ leicht eine grosse Anzahl von Wohnsiedlungen bauen. Die Stadt Zürich verfügte schon damals über Tradition in der Städteplanung und hatte aus der Wohnungsnot von 1918 gelernt. Diese einzigartige politisch-ökonomische Situation ist der Ausgangspunkt dessen, was heute als genossenschaftliches „Erfolgsmodell“ gefeiert wird und sich in Zürich in einem Anteil von 20-25% genossenschaftlichen Wohnungen äussert.

Der hohe Anteil von genossenschaftlichen Wohnungen wird von bürgerlicher Seite gerne als vermeintliches Totschlagargument verwendet, um die Wohnungsprobleme in Zürich kleinzureden. Angesichts der veränderten Rahmenbedingungen muss die Bedeutung der Genossenschaften gleichermassen anerkannt, wie relativiert werden: Einerseits bildet der genossenschaftliche

Wohnungsbau nach wie vor für viele Menschen eine Möglichkeit überhaupt noch eine bezahlbare Wohnung in Zürich zu finden. Andererseits haben sich die Rahmenbedingungen der Genossenschaften fundamental geändert, darum sind Genossenschaften heute nicht per se etwas progressives. Zürich verfügt über sehr wenige Landreserven und viele der Altbauten aus den 50er-Jahren müssen unter grossem Aufwand renoviert werden oder weichen zurzeit Neubauten, so z.B. in Schwamendingen oder in der Region Bucheggplatz. Der Preisvorteil von ca. 20% des Mietzinses, den die Genossenschaften gerne für sich beanspruchen, ist jedoch vor allem bei Altbauten realisierbar. Zudem haben die meisten Genossenschaften entweder endlose Wartelisten für BewerberInnen oder nehmen erst gar niemanden mehr auf. 2011 hat der an einer Volksabstimmung angenommene Gegenvorschlag des Gemeinderats auf eine Initiative der SP u.a. verankert, dass der Anteil von gemeinnützigen Wohnungen bis 2050 rund ein Drittel betragen soll. Genossenschaften machen heute vermehrt Rückstellungen für Landerwerb oder Investitionen und auch bei deren Neubauten wird der Mietzins angepasst werden. Soll der Anteil an gemeinnützigem Wohnungsbau bis 2050 also noch erhöht werden, werden sich die Genossenschaften den Funktionslogiken des Immobilienmarktes angleichen müssen, denn zurzeit sind schweizweit nur etwa zweieinhalb Prozent der neu gebauten Wohnungen Genossenschaftswohnungen. Zusammenfassend sind also auch die Genossenschaften abhängig von den Rahmenbedingungen, in denen sie Häuser bauen können. In einem hochkompetitiven Umfeld wie Zürich mit vergleichsweise wenig Landreserven wird sich die Geschichte der 1950er-Jahre nicht wiederholen, es werden also nicht plötzlich etliche neue Genossenschaftsliegenschaften entstehen. Vielmehr gleichen sich Genossenschaften den Immobilienverwaltungsfirmen an und sanieren bestehende Wohnungen nach höherem „Raumbedarf“ und somit auch höherem Mietzins und der Tendenz zu besser situierten EinwohnerInnen, die überhaupt die Mittel aufbringen können, um sich in eine Genossenschaft einzukaufen.

## Durchmischung

Die Durchmischung von Bewohnerinnen und Bewohnern ist heute ein typisch sozialdemokratisches Rezept und hat sowohl einen kompensatorischen Aspekt, offenbart abstrahiert aber auch sein sozial- und ordnungspolitisches Gesicht. Historisch und ideologisch ist die Durchmischung mit der bürgerlichen Settlement-Bewegung verknüpft. Ende des 19. Jahrhunderts und insbesondere in der Zeit um den 1. Weltkrieg zogen helfend veranlagte BildungsbürgerInnen und HumanistInnen gezielt in Arbeiterquartiere, um dort die miserablen Lebensbedingungen zu verbessern. Durch ihre sozialen, kulturellen und oft auch ökonomischen Ressourcen unterstützten und versuchten sie ArbeiterInnen nach ihrem bürgerlichen Ideal zu erziehen. Der reformistische Teil der ArbeiterInnenbewegung sah darin, ähnlich wie in Genossenschaften, eine Möglichkeit zur konkreten Verbesserung der prekären Situation von ArbeiterInnen und nahm die Durchmischung als kompensierendes, städtebauliches Ideal in ihre Programmatik auf, insbesondere als bei späterer Regierungsbeteiligung von SozialdemokratInnen reformistische Positionen in der Stadtplanung gefragt waren. Abstrahiert betrachtet, entschärft die soziale Durchmischung Widersprüche, die sich in ArbeiterInnenquartieren oder –ghettos akzentuieren können und hemmt damit die Entstehung von sozialen Brennpunkten. Sie fördert die Inklusion von politischen Positionen durch Integration in genossenschaftliche Strukturen, Nachbarschaftsinitiativen etc., die sich in der Regel mit politischen Instrumenten des bürgerlichen Staates artikulieren (Petitionen, Initiativen usw.). Sie hemmt also die kollektive Organisierung von ArbeiterInnen und ihrem Klasseninteresse. Dazu kommt, dass die soziale Durchmischung in der Regel nur in ArbeiterInnenquartieren ein Thema ist, wohlsituierte Quartiere werden nicht durchmischt. Der Begriff der Durchmischung wird also auch benutzt, um Aufwertung zu verschleiern. Das widerspruchsschärfende Potenzial der Durchmischung wird von sozialdemokratischen PolitikerInnen gerne ignoriert oder geleugnet. Durchmischung wird teilweise auch bereits als „sozialistische“ Politik verstanden. Dass das nicht so ist, haben auch bürgerlichen PolitikerInnen und StadtplanerInnen erkannt und so

entwickelte sich die soziale Durchmischung zu einem relativ breit abgestützten Paradigma der Stadtplanung in Zürich. Heute ist dieser Grundsatz bis weit in die bürgerliche Mitte akzeptiert und ordnet sich erst bei neoliberaler Prägung der Steuerung durch den (Wohnungs-) Markt unter.

## Partizipative Städteplanung

Quartiere unter dem Einbezug der Bevölkerung zu entwickeln, ist ein wichtiges Paradigma der Stadtplanung in Zürich. Der Einbezug von wichtigen EigentümerInnen ist seit dem Genossenschafts-Bauboom der 50er-Jahre immer wieder geschehen. Seit grossangelegten Entwicklungsplänen wie „Zürich West“ oder „Langstrasse Plus“ ist die Partizipation nicht mehr wegzudenken und hat sich zu einem Zauberwort entwickelt, das soziale Verträglichkeit und Einvernehmlichkeit suggeriert. Partizipation muss jedoch differenziert werden: Es stellt sich immer die Frage wer wie mit welchem Ziel und welchem Gestaltungsspielraum einbezogen wird. Je nachdem bewegt sich die Bandbreite von Scheinpartizipation oder Desinformation bis hin zu kollektiver Entscheidungsmacht. Wie in der ausführlichen Dokumentation zur Entwicklung des Kreis 5 geschildert, geht die Tradition der Partizipation in der Stadtplanung von Zürich von den GrundeigentümerInnen aus. Um Konflikten und nicht-praktikablen Lösungsansätzen vorzubeugen, werden die Key-Player in städtischen Entwicklungsplänen schon relativ früh und in einem stufenhaften Ablauf einbezogen. Die Einteilung in relevante und nicht-relevante Akteure reproduziert die Machtasymmetrie und erfolgt anhand der Bestimmungsmacht über das zu entwickelnde Gebiet. EigentümerInnen werden also nicht als Selbstzweck einbezogen, sondern um Planungsprozesse erfolgsversprechender zu gestalten und Widersprüche zu entschärfen. Die Bevölkerung hat meist erst bei der konkreten Ausgestaltung von Grünflächen oder in fest definierten Partizipationsräumen wie Zwischennutzungen etwas zu sagen. Meist haben auch die Ergebnisse des Einbezugs der Bevölkerung höchsten Empfehlungscharakter – um Kritik zu entschärfen werden die Mitwirkungsverfahren gerne bemüht, sie haben konkret aber selten inhaltlichen Spielraum, geschweige denn Entscheidungskompetenz.

# 2

Ein weiterer wichtiger Faktor ist die Selektivität des Einbezugs: Mit gängigen Partizipationsmethoden werden hauptsächlich gebildete EinwohnerInnen erreicht und damit ärmere Schichten ausgeschlossen.

Es zeigen sich also strukturelle Begrenzungen von partizipativen Verfahren: Sie setzen höchstens bei den Symptomen von Armut, Ausgrenzung und Ungerechtigkeit an, zerlegen systemische Probleme erst noch quartierspezifisch und überlassen die Bestimmungsmacht in den seltensten Fällen den EinwohnerInnen. Dem Einbezug der Bevölkerung ist also ein Rahmen gesetzt, der verhindert, dass tatsächlich relevante Themen besprochen oder gar bestimmt werden können. Partizipation in gängiger Art und Weise ist also ein Instrument zur governance, also zur Inklusion und Verwaltung von Widersprüchen.



# 3 Akteure der Stadtentwicklung in Zürich

Im nachfolgenden Kapitel werden verschiedene Akteure der Stadtentwicklung in Zürich beleuchtet. Es handelt sich dabei um eine knappe, nicht abschliessende Aufzählung, die die komplexe Realität von Entwicklungsprozessen nicht berücksichtigen kann, aber die relevantesten Akteure in Planungs-, Aufwertungs- und Verdrängungsprozessen aufzeigen kann.

## Immobilienbesitzende/InvestorInnen

Unter diese Kategorie fallen sowohl private EigentümerInnen, als auch Immobilienfirmen. Auch Genossenschaften sind Eigentumsstrukturen. Sie haben gemeinsam, dass sie Grundeigentum gegen Miete nutzen lassen. Logischerweise geht mit dem Eigentum auch die Verfügungsgewalt über die Immobilien einher. Der Entwicklung des Zürcher Immobilienmarktes seit den 90er-Jahren ist auch eine Umstrukturierung des Immobilienmarktes inhärent: Viele Firmen haben ihre Räumlichkeiten an spezialisierte Tochterfirmen ausgelagert. Daraus entstanden spezialisierte, börsenkotierte Firmen wie SPS, PSP, Mobimo, Allreal oder Ledermann, die gezielt Immobilien in ihr Portfolio aufkaufen und in Holdingstrukturen eingebettet sind. InvestorInnen beteiligen sich entweder direkt an Immobilien, investieren direkt in eine Immobilienfirma oder kaufen Immobilienfonds von Banken, die dann indirekt in verschiedene Immobilienfirmen im In- und Ausland investieren. Es ist ein Trend von einem direkten (Alleineigentum durch Private und Firmen) zu einem indirekten (Fonds, Immo-AGs, Pensionskassen, Miteigentum) Immobilienbesitz auszuma-chen, viele Firmen nutzen Immobilien auch als „sicheren“ Anlagewert, um Investitionen zu „diversifizieren“. Wichtige Akteure auf Seiten der Investoren sind auch Pensionskassen, die auf der Suche nach rentablen Geschäften sind und internationale Vermögensverwaltungen. Beispielsweise beteiligt sich der weltweit grösste Vermögensverwalter, Black Rock, aktuell sowohl bei SPS, PSP wie auch bei Allreal.

## Immobilienverwalter/Immobilienentwickler

Ein weiterer Trend der Immobilienwirtschaft ist die Trennung von Eigentum und Management: Verwaltungsfirmen wie Wincasa oder Livit verwalten grössere Immobilienbestände für die jeweiligen Eigentumsstrukturen. Dazu kommt ein weiterer Sektor, nämlich die Immobilienentwicklung, in welche strategische Einschätzung und Entwicklung von Immobilien an spezialisierte Firmen ausgelagert wird, oft auch im Gesamtpaket mit der Verwaltung. Oben genannte Immobilienfirmen decken die Entwicklung von Grundstücken selbst ab. Entwicklungsfirmen bestimmen optimale Zeitpunkte für Entwicklung, Kauf und Verkauf von Immobilien und versuchen „externe Faktoren“ zu beeinflussen, um den Wert der Immobilien zu steigern. Diese Firmen haben einen koordinierenden und stabilisierenden Einfluss auf den Markt und ermutigen kapitalstarke Gruppen zu spekulativen Investitionen in Immobilien.

## Stadt Zürich:

Der Staat oder konkret der Kanton und die Stadt Zürich sind auf mehreren Ebenen und teils mit unterschiedlichen Aufträgen an Stadtentwicklungsprozessen beteiligt. Aufwertung ist also nicht, wie gerne von reformistischer Seite behauptet, dem Markt überlassen, sondern wird gezielt geplant, gesteuert und so viel wie nötig abgefedert. Natürlich entscheiden die entsprechenden Departemente nicht autonom, sondern sind nach föderalistischem Prinzip auch kantonalen und nationalen Richtlinien, wie auch den politischen Organen (Stadt- und Gemeinderat) verpflichtet.

## Stadtentwicklung Zürich, Präsidialdepartement

Die Aufgaben der Stadtentwicklung umfassen Standortmarketing („Aussenbeziehung“), Wirtschaftsförderung, sozial-räumliche Strategieentwicklung und Planung (in Abgrenzung zur rein räumlichen, technischen Entwicklung des Hochbaudepartements) und Integrationsförderung. Diese Abteilung erarbeitet Entwicklungspläne der Stadt und der Quartiere, in der die mittel- und längerfristige Entwicklung bestimmt wird (siehe Kapitel Zürich West oder Langstrasse Plus), ist also die wichtigste Planungsinstitution in der Stadtaufwertung. Wie oben geschildert, werden diese Prozesse meist mit GrundeigentümerInnen geplant und beinhalten oft auch die „Partizipation“ der Bevölkerung, die konkret meist über die Quartierkoordination läuft. Die Stadtentwicklung erarbeitet auch statistische Grundlagen, macht Informationspolitik und ist eng mit der Wirtschaft verknüpft.

## Hochbaudepartement

Im Hochbaudepartement sind mit dem Amt für Städtebau, dem Amt für Hochbau und den Immobilien Stadt Zürich eher die technischen OrganisatorInnen der Stadtentwicklung angesiedelt. Auch hier wird sich die enge Kooperation mit Immobilienbesitzenden auf die Fahne geschrieben, z.B. in neuen Zonenplänen des Amtes für Städtebau. Erwähnt werden soll auch die Rolle der Stadt Zürich als Immobilienerwalterin und –entwicklerin durch die Immobilien Stadt Zürich.

## Quartierkoordination, Sozialdepartement

Dem Sozialdepartement kommt eher die Aufgabe der Abfederung der Stadtentwicklung zu. Mit der Quartierkoordination besteht eine auf Partizipation und Inklusion (Einbezug) ausgelegte Abteilung, die Widersprüche in Mitwirkungsprozessen kanalisieren soll und mit sozialen Institutionen in den Quartieren „Monitoring“, also sozialpolitische Aufklärung und Überwachung, betreibt.

## Sicherheitsdepartement (ehem. Polizeidepartement)

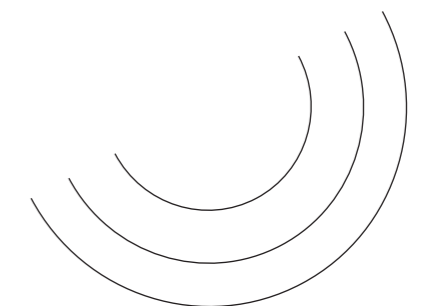
Sicherheit ist ein zentraler Faktor für Aufwertungsprozesse. Die Stadtpolizei beteiligt sich nicht erst seit der Einführung des Wegweisungsartikels sehr aktiv an Verdrängungsprozessen. Das Projekt „Langstrasse Plus“ wurde beispielsweise im Polizeidepartement angesiedelt. Auch unter dem ehemaligen Stadtsoziologen und jetzigen Bullenchef Richard Wolff (AL) beteiligt sich die Stadtpolizei an Aufwertungsprozessen, z.B. mit dem Community Policing Ansatz, der eine hohe präventive Präsenz und den Aufbau eines „Vertrauensverhältnisses“ zur Bevölkerung vorsieht, um Widersprüche abzufedern.

## Weitere beteiligte Departemente

Je nach Planungsprozess sind weitere Ämter wie Grünstadt Zürich, Entsorgung & Recycling (ERZ) oder die Liegenschaftsverwaltung des Finanzdepartements als Eigentümerin der städtischen Liegenschaften beteiligt.

## Baufirmen

Die Aufgabe der Baufirmen in Aufwertungsprozessen dürfte offensichtlich sein. Weniger bekannt ist, dass grössere Firmen wie Implenia auch selbst Grundstücke erwerben und entwickeln oder dies als Dienstleistung anbieten. Die Baufirmen sind auch eine wichtige Verbindung, um das Thema Stadtentwicklung mit der Ausbeutung von Lohnabhängigen zu verbinden.



# 4 Zürich West im historischen Wandel

Zürich West ist seit Jahren eine Goldgrube für Immobilien- und Grundstückbesitzer. Dies ist vor allem der städteplanerischen Politik zu verdanken, die nicht nur äusserst wirtschaftsfreundlich agiert, sondern den Aufwertungsprozess auch aktiv vorantrieb.

Der Aufwertungsprozess von Zürich West kann mittlerweile über 20-jährige Geschichte zurückblicken. Diese beginnt nicht einfach mit dem Ende der ansässigen Industrie, sondern ebenso mit der Etikettierung der bebaubaren Fläche. So ist «Zürich West» ein von der Stadt und den Immobilienbesitzern entworfenes Label, das von den Viaduktbögen über den Escher-Wyss-Platz bis zum Hardturm-Stadion einen begrenzten Teil des Kreis 5 umschliesst. Gleichzeitig ist Zürich West eine städtebaulich markierte Entwicklungszone, in der seit bald 20 Jahren intensiv gebaut und aufgewertet wird. Während hier die öffentliche Hand Jahr für Jahr Millionenbeiträge in die Infrastruktur investiert, sahnen die grossen Immobilienbesitzer ab. Zu den Profiteuren gehören mit Allreal Holding AG, Mobimo AG, PSP und SPS auch vier der grössten Immobilienfirmen der Schweiz.

Wir sind nicht die ersten, die bezüglich Zürich West einen solchen Befund aufstellen. Zu etlichen Ergebnissen der vorliegenden Ausführungen sind auch schon die INURA-Studie Immo Dorado Zürich West (2013) und die sozialgeographische Untersuchung zum Strukturwandel von Zürich von André Odermatt, Philipp Klaus und Joris E. Van Wezemaal (2003) gekommen. Die INURA-Studie besticht zwar durch ihre Fakten, im Gegensatz dazu glauben wir aber nicht an den darin vorherrschenden politischen Anspruch, die Stadt mittels reformistischer Projekte zu einem besseren Ort zu machen. Wir glauben vielmehr, dass die Stadtentwicklung im Kontext der kapitalistischen Prozesse verstanden werden muss, woraus wir gleichzeitig einen revolutionären Bruch mit dieser Gesellschaftsordnung ableiten. Die Aufwertung gehört nicht verbessert, die Immobilienfirmen gehören vielmehr verstaatlicht. Somit gehen wir davon aus, dass die im Folgenden verwendeten Informationen trotz Wiedergabe einzelner Thesen aus der INURA-Studie nochmals neue Erkenntnisse über den Aufwertungsprozess im Kapitalismus zulassen.

## Historische Hintergründe:

Wandel der Industrie und Umzonung  
Das Quartier rund um den Escher-Wyss-Platz galt lange Zeit als einer der primären Industriestandorte der Stadt Zürich. Doch seit Ende der 1990er stellte ein Grossteil der in Zürich West ansässigen Industrieunternehmen nach und nach ihren Betrieb ein. 1986 verlagert Steinfels seine Produktion und im gleichen Jahr schliesst Löwenbräu Zürich seine Betriebsstätte. 1987 folgt die Schliessung der Sulzer Escher Wyss Giesserei. Zwischen 1990 bis 2004 zieht sich auch die Maag Zahnrad AG schrittweise zurück und 2000 wird schliesslich die Milchverarbeitung in der Toni-Molkerei eingestellt. Aufgrund dieser lokalen Deindustrialisierung ergab sich ein über mehrere Jahre hinweg dauernder kommunaler politischer Streit, insbesondere zwischen der SP und den bürgerlichen Parteien, um die mögliche Neunutzung der nunmehr brachliegenden Industriestandorte.

Um diesen Konflikt in seiner Breite verstehen zu können, müssen zwei politische und ökonomische Hintergründe vorausgesetzt werden. Erstens ist die Deindustrialisierung sowohl auf einen grundlegenden Wandel der Produktion, als auch auf eine mehrjährige Rezession in den 1990er Jahren zurückzuführen. In dieser Zeit verlor die Stadt Zürich über 40'000 Arbeitsplätze, die durchschnittliche Wertschöpfung pro Kopf sank und die städtische Arbeitslosigkeit erreichte im Februar 1997 ihren Höchststand von gut 7.2 Prozent. Gleichzeitig entwickelte sich die Kommunikationstechnologie rasant weiter, was entgegen dem Niedergang der Industrie eine neue Wertschöpfung ermöglichte und zusammen mit dem Finanzbereich massgebend am folgenden wirtschaftlichen Aufschwung der Stadt Zürich mitwirkte. Von 1995 bis 2001 wuchs beispielsweise die Anzahl Beschäftigter in der Informatikbranche um 81 Prozent. Dies manifestiert sich auch in der Anzahl an Firmengründungen. Alleine 1998, als die Krise mehr oder weniger überstanden war, wurden in Zürich 2400 neue Firmen gegründet, wovon etliche als Startups in den neuen Wirtschaftszweigen anzusiedeln sind. Solche Unternehmen waren aber nicht mehr auf grosse Produktionshallen, sondern auf zentrale Büros und soziale Vernetzung angewiesen. Dadurch stand Zürich

insbesondere in den 90er-Jahren vor der Frage, wie es als Stadt einerseits auf die wirtschaftlichen Krisen andererseits auf die neuen wirtschaftlichen Möglichkeiten reagieren soll.

So einfach diese Frage, so komplex sind gleichzeitig die Lösungen, denn städteplanerisch ist ein solcher Wandel an etliche Hindernisse geknüpft. Wichtigste Einschränkung möglicher städtischer Entwicklung ist der politische Hintergrund, dass in Zürich wie in der ganzen Schweiz eine differenzierte Zonenordnung vorgesehen ist, die bestimmt, was wo gebaut und angeboten werden darf. So gibt es beispielsweise Industriezonen, Erholungszonen, Wohnzonen usw. in denen entsprechend vorgeschrieben ist, was darin vorzufinden ist oder wie viele Stockwerke gebaut werden dürfen. Daraus resultieren verschiedene Interessenlagen: Während die Immobilienbesitzer in Zürich West nach dem Abzug der Industrie stark auf Umzonungen pochten, um damit die Rentabilität ihres Boden- und Immobilienwertes zu steigern, erwartete die Stadtregierung ein lebendiges Quartier und den Bewohnern lag insbesondere eine Beruhigung ihres Quartiers am Herzen.

Diese beiden Konfliktlagen, die Veränderung in der Rolle einzelner Wertschöpfungsketten und die Frage der Umzonung erklären die folgenden, primär parlamentarischen Auseinandersetzungen um die mögliche Neunutzung von Zürich West. 1988 erlässt das Hochbaudepartement unter SP-Vorsteherin Ursula Koch erstmals einen speziellen Gestaltungsplan für das ehemalige Steinfels-Areal, der zukünftig eine gemischte Nutzung von Wohnung und Dienstleistungen vorsah. Solche Gestaltungspläne können lokal die Zonenplanung umgehen und in Zusammenarbeit mit behördlicher Bewilligung eigene räumlich begrenzte Bau- und Entwicklungspläne formulieren. Während Koch solche Sondernutzungsplanungen für einzelne Areale vorsah und immer wieder dafür eintrat, die industrielle Produktion räumlich verringert zu erhalten, setzten sich die bürgerlichen Parteien für die generelle Öffnung der Industriezonen zugunsten von Dienstleistungsunternehmen ein. Ursula Kochs Bau- und Zonenordnung («BZO Koch») konnte sich 1992 in einer städtischen Abstimmung

mit 51.7 Prozent Ja-Stimmen knapp durchsetzen, was zur Folge hatte, dass ein Grossteil der Areale als Industriezone vermerkt blieb, darin jedoch Sonderpläne möglich wurden. 1995 erliess der kantonale Baudirektor Hans Hofmann (SVP) dann aber eine neue kantonale Übergangsordnung («BZO Hofmann»), mit der die städtische „BZO Koch“ aufgehoben wurde. Sämtliche Industrieareale (mit Ausnahme derjenigen Areale, für die es schon einen neuen Gestaltungsplan gab) wurden nun für Dienstleistungsnutzungen geöffnet und die mögliche Ausnützung, das heisst die bauliche Dichte, erhöht. Als Ergebnis davon haben seit Hofmann das Löwenbräu- und das Maag-Areal keine Ausnützungsbegrenzung mehr und in der Toni-Molkerei und auf dem Hardturm-Areal durften nunmehr auch Dienstleistungsbetriebe angesiedelt werden.

Tatsächlich erfasste Ursula Koch in ihrer städteplanerischen Vision wohl einige der Probleme der zeitgenössischen Stadtentwicklung. Sie vertrat die Auffassung, dass Zürich gegenwärtig «überbaut» sei und es in der Folge darum gehe, die Stadt von innen her «umzubauen». Ihre Bau- und Zonenordnung versuchte daher nicht nur den Wandel im Kreis 5 zu entschleunigen, indem die ganzheitliche Öffnung zugunsten des Dienstleistungsmarktes verweigert wurde, auch deklarierte sie in der städtischen Peripherie etliche Gebiete als Reservezonen, um damit zwischenzeitlich zu verhindern, dass sich die Bautätigkeit an den Stadtrand verlagert. Dies stiess auf Seiten des Kapitals und bei den bürgerlichen Parteien auf nicht besonders viel Gegenliebe. Die Rechnung diesbezüglich ist einfach: Während Industrieland einen geringen Bodenwert besitzt, sieht es im Dienstleistungs- und Wohnbereich ganz anders aus. Gemäss Berechnungen, welche die Immobilienbesitzer Ende der 1990er Jahre aufstellten, ermöglichte die Umzonung von Zürich West mitunter eine Verdreifachung der Bodenpreise. Die Frage nach der entsprechender Zonung war damit letztlich eine Frage, die an Werten in Milliardenhöhe von geknüpft war. Mit entsprechend harten Bandagen wurde gekämpft. Den Gegnern der „BZO Koch“, das heisst den Immobilienbesitzenden, die auf die Unterstützung der bürgerlichen Politik zählen durften, kam zugute, dass die BZO Koch teilweise im



Widerspruch zur kantonalen Ordnung stand. Daher konnte diese durch die kantonale Übergangsordnung der „BZO Hofmann“ für Schweizer Verhältnisse durchaus «putschartig» aushebeln, das heisst in diesem Falle ohne zusätzliche Volksabstimmung.

Dennoch wäre es ebenso falsch in Koch eine Art Vorreiterin der progressiven Städteplanung zu sehen, deren Veränderungswille einzig durch die bürgerlichen Kräfte verhindert wurde. Abseits davon, dass auch ihre Bau- und Zonenordnung die immanenten Widersprüche der kapitalistischen Stadt nicht lösen konnte und primär der Erhaltung des Status Quos diene, wird gerne übersehen, dass auch Kochs Sondernutzungsplanungen Teil eines grösseren, wenn auch langsameren Aufwertungsprozesses war. Das beispielsweise umgebaute und aufgestockte Steinfels-Areal, wo heute das Kino Abaton oder das ZKB Geschäftshaus liegen, gehörte lange dem Immobiliensegment der Friedrich Steinfels AG und wurde später teilweise von der Zürcher Kantonalbank (ZKB) und der Rentenanstalt / Swiss Life aufgekauft. Auch hier realisierten private Unternehmen (beziehungsweise eine kantonale Bank) einen Wertgewinn durch Umzonung, ebenso wie das umgebaute Steinfels-Areal entgegen Kochs artikulierter städteplanerischer Vision gerade keine erschwinglichen neuen Wohnungen mit sich brachte. Auf dem Steinfels-Areal wurden primär Luxusappartements (die ersten Loft-Wohnungen in Zürich West) und Geschäftsliegenschaften gebaut, die als Bauprojekt den Grundstein für kommende Aufwertungsprojekte legten. Auch ist es, wie sich noch zeigen wird, Koch, die sich erstmals stark für öffentlich-private Partnerschaft in Fragen der Stadtentwicklung einsetzte. Was von bürgerlicher Seite zuerst als unnötiger Eingriff des Staates in private Angelegenheiten wahrgenommen wurde, fand bald schon Anklang auf allen politischen Seiten und ist heute das prägende Mittel zur weitgehend konfliktfreien Stadtaufwertung in Zürich.

Gänzlich durchsetzen konnten sich die bürgerlichen Parteien mit ihrer Politik der Öffnung nicht. Bis heute werden sechs Hektaren im Kreis 5 für die industrielle Produktion verwendet. Das ehemalige Sulzer-Unternehmen MAN stellt als grösster industrieller Arbeitgeber des Quartiers seine Turbokompressoren noch immer in Zürich West her. Entgegen von möglichen Befürchtungen hat dies aber nicht zu einer Verringerung der Qualität und damit der Bodenpreise geführt, sondern vielmehr zur Wertsteigerung des Quartiers beigetragen. Dies haben mittlerweile auch die bürgerlichen Parteien eingesehen und die ökonomisch durchaus erfolgreiche Standortbewirtschaftung durch MAN kann nicht zuletzt auf den guten Draht mit der Stadt zurückgeführt werden. So wird dem Unternehmen immer wieder ein Mitspracherecht zugesprochen, wenn es etwa darum geht, Strassen neu zu planen oder sonstige Veränderungen durchzuführen. Profiteur hiervon ist nicht nur das Unternehmen, sondern auch die Immobilienfirma Allreal, der das ehemalige Escher-Wyss-Areal gehört und die in den vergangenen Jahren auf eine immense Wertsteigerung ihrer Immobilien zurückblicken kann.

### Stadt und Eigentümer finden sich

Um den auch mit der Übergangslösung durch die BZO Hofmann andauernden Streit über die Bau- und Zonenordnung zu beheben und die infolge der Rezession zu Beginn ausbleibenden Investitionen besser zu ermöglichen, wurde auf anraten von Stadtpräsident Josef Estermann (SP) 1996 erstmalig das Stadtforum organisiert. Darin sollten die verschiedenen Akteure gemeinsam ihre Vorstellungen für die zukünftige Planung umstrittener Kreise (4, 5 und 9) erarbeiten, um so mögliche Konflikte präventiv zu entkräften. Nach zehn Sitzungen entstand daraus ein Projekt zur Aufwertung von Zürich West und der Entscheid, dass das Quartier zukünftig im Rahmen einer kooperativen Entwicklungsplanung umgebaut werden soll. Das Konzept dahinter war, dass Grundeigentümer und Behörden ihre Projekte zukünftig gemeinsam ausarbeiten sollten. Eingesetzt

hierfür wurde zu Beginn die Impulsgruppe Aufwertung Zürich-West. Diese bestand aus Grundeigentümern (unter anderem Sulzer Immobilien AG, Maag Holding AG, SBB), VertreterInnen der Stadt Zürich (unter anderem die Fachstelle Stadtentwicklung, Grün Stadt Zürich, das Tiefbauamt) und einem Vertreter des Kantons (Amt für Raumplanung und Vermessung). Ausgeschlossen vom Entwicklungsprozess waren im Gegensatz zum Stadtforum weitere Akteure, wie beispielsweise VertreterInnen der Bevölkerung, was ein Merkmal von kooperativen Entwicklungsprozessen ist, verhandelt wird hier einzig zwischen Grundeigentümer und Stadt, nicht aber mit der Anwohnerschaft. Im Jahre 2000 entstand daraus schliesslich das Konzept des Entwicklungsgebietes Zürich West (festgehalten in der BZO 99), dessen Inhalt bis heute die Entwicklung des Quartiers prägt. Dieses enthält gemeinsam festgelegte Richtlinien für die planerische Umsetzung und Instrumente zur Koordination und Steuerung der Gebietsentwicklung. Zudem wird darin festgehalten, dass das Quartier eine Identität erhalten solle, es wird städtebaulich eine hohe Qualität veranschlagt oder festgelegt, dass die Infrastruktur entsprechend ihren Anforderungen ausgebaut werden muss. 2002 löst sich die Impulsgruppe Aufwertung Zürich West schliesslich wieder auf: Der Verein lässt in einer Medienmitteilung abschliessend verlauten, dass der Vereinszweck mittlerweile erfüllt sei und der Aufwertungsprozess des Industriequartiers nun selbständig vorangehe.

### Systemzwänge und Akteure

Bevor über die konkreten Auswirkungen die Zusammenarbeit von öffentlicher und privater Hand gesprochen werden kann, muss auf die Rolle der Stadt hingewiesen werden. Es ist dies zu betonen, weil in Fragen der Stadtentwicklung schnell der Verdacht entsteht, dass es sich bei Aufwertungsprozessen schlicht um die Anwendung von kapitalistischen Systemzwängen handelt. Diese geben sicherlich die Tendenzen und Widersprüche vor, in Zürich West ist aber zu beobachten, dass die Aufwertung als Folge eines bewussten Entscheids öffentlicher Institutionen in Zusammenarbeit mit VertreterInnen des Kapitals forciert wurde. Um dies belegen zu können, bietet sich der Vergleich mit einem

anderen Aufwertungsprojekt in Zürich an. Schon vor Zürich West gab es in Zürich Nord auf dem ehemaligen Werkgelände von Oerlikon-Bührle einen kooperativen Stadtentwicklungsprozess. Auch hier bemühten sich die Immobilienbesitzer zuerst um eine Umzonung, erkannte dann aber den Widerstand der Stadt und sie liessen sich folglich auf einen gemeinsamen Planungsprozess ein. Vertraglich wurde in der Folge die Kostenteilung der Infrastrukturprojekte im Wert von gut 100 Millionen Franken geregelt. So trat Oerlikon-Bührle als Gegenleistung beispielsweise Grundstücke für Grünanlagen oder Strassen an die Stadt ab und beteiligte sich am Bau für die Kanalisation oder Strassenbeleuchtungen.

Solche Partnerschaften erschienen in Zürich West nun plötzlich hinderlich für den gemeinsamen Weg der Aufwertung. Dies ist erstens auf wirtschaftspolitische Entscheide der Städteplaner zurückzuführen. So hatte Zürich mit Elmar Ledergeber (SP) seit 1998 einen selbst für sozialdemokratische Verhältnisse ausgesprochen wirtschaftsfreundlichen Vorsteher des Hochbaudepartements, der später zum Stadtpräsidenten wurde. Dass es auch unter der Nachfolgerin Kathrin Martelli (FDP) nicht besser wurde, liegt auf der Hand. Die wirtschaftsfreundliche Haltung übertrug sich rasch auch auf die Stadtplanung, die dem Hochbaudepartement untergeordnet ist. So war beispielsweise die Regionalplanung Zürich und Umgebung (RZU), ein raumplanerisches Kompetenzzentrum für grössere Entwicklungen, das der Stadt Zürich unterstellt ist, spätestens seit dem Stadtforum ein wichtiger Impulsgeber für die Aufwertung von Zürich West. Beispielsweise wurde die Impulsgruppe Aufwertung von einem Mitarbeiter der RZU angeleitet. Auch brachte der RZU immer wieder Ideen ein, wie das Image und damit die Qualität des Quartiers verbessert werden könnte. Ein zweites wirtschaftsfreundliches Instrument des Hochbaudepartements ist das seit 2001 bestehende Konzept des Gebietsmanagements. Dieses koordiniert die Zusammenarbeit zwischen Eigentümer und Behörden für grössere Bautätigkeiten, plant dafür notwendige Infrastrukturprojekte, entwickelt Gestaltungspläne und ist massgeblich für die Organisation der verschiedenen Entwicklungsgebiete in Zürich verantwortlich. Jedes dieser markierten Gebiete (unter ande-

# 4

rem sind dies die Europaallee, Neu-Oerlikon oder das Hochschulgebiet) erhält eine eigene GebietsmanagerIn. Die Stadt hilft damit nicht nur im administrativen Bereich bei grösseren Bautätigkeiten, sie stellt sich vielmehr präventiv zur Verfügung, um Aufwertungsprozesse zu beschleunigen.

Dies hängt zweitens mit einem seit Zürich West bewusst neu auftauchenden städteplanerischen Konzept zusammen, das in einem grösseren Rahmen als postfordistisches Prinzip der Stadtentwicklung verstanden werden kann. Im Gegensatz zu langfristigen Entwicklungen soll die Stadt entsprechend dem wirtschaftlichen Credo neu «flexibel» entwickelt werden. Das heisst, statt grössere Entwicklungspläne von Beginn weg detailliert festzuschreiben, sollen einzelne Schritte nun etappenweise und zugeschnitten auf den Grundeigentümer und die Stadt durchgeführt werden. Damit soll besser auf die Bedürfnisse der Unternehmen und mögliche Krisen eingegangen werden. Um dieses Konzept umsetzen zu können, werden vermehrt unternehmerische Ansätze gebraucht, wie sie sich dies beispielsweise im genannten Quartiermanagement zeigen. Was in der Theorie, wie immer wenn es um Flexibilität geht, durchaus anschaulich klingt, stärkt real die Lage der Grundbesitzer. Diese müssen nun weniger Konzessionen für ihre Projekte eingehen und von ihnen werden keine Abgaben mehr für langfristige Konzepte abverlangt, wie dies etwa für die Entwicklung von Grünanlagen in Zürich Nord noch eingeplant war. Auch können sie darauf hoffen, dass sich die Stadt flexibel ihren Bedürfnissen annimmt und sich so verantwortlich für künftige wertsteigernde Entwicklungspläne sieht.

Zu welchen Missverhältnissen das kooperative Verfahren und die wirtschaftsfreundliche Stadtpolitik Zürichs führen, zeigte sich in den vergangenen Jahren im Verhältnis öffentlicher und privater Investitionen in der Infrastrukturerneuerung. Schon lange war es beispielsweise ein Bedürfnis, das Tram 4 zu verlegen, um damit einen besseren Anschluss an das Quartier zu gewähren. Von den total 150 Millionen Franken Kosten, haben Bund, Kanton und Stadt rund 149 Millionen beigesteuert. Der restliche Betrag entstammt von der SBB, private Grund-

eigentümer haben hier gar nichts bezahlt. Gleiches gilt auch für den Umbau der Pfingstweidstrasse, für die geplante Verlängerung der Tramlinie 8 über die Hardbrücke oder für deren Sanierung. Dabei steigerte all dies den Wert des Bodens, was konkret bedeutet, dass während die öffentliche Hand bezahlt, sich die Grundeigentümer durch die steigenden Bodenpreise mehr und mehr Wert aneignen durften.

Dass sich die öffentlichen Akteure in Zürich West bewusst für einen Aufwertungsprozess einsetzten, der ohne sie so nicht möglich gewesen wäre, zeigt sich schliesslich auch in Fragen von Landverkauf. Denn ganz im Gegenteil zu Zürich Nord war es in Zürich West plötzlich die Stadt selbst, die günstig Land veräusserte. Besonders drastisch zeigt sich dies beim Toni-Areal. Dieses konnte nach dem Konkurs der Milchverarbeitung zu einem äusserst günstigen Preis von der ZKB gekauft werden. Statt sich als Stadt nun dafür einzusetzen, dass hier Wohnungen entstehen, forcierte die Stadt den Verkauf an die Allreal AG im Sinne einer Public Private Partnership. Auch der Kanton hätte hier über seine Bank günstig Land erwerben können, jedoch weigerte er sich aufgrund der Schuldenbremse das Land aufzukaufen und selbst ein Bauprojekt für die Hochschule zu entwerfen. Das hat zur paradoxen Folge, dass der Kanton das Gebäude nun von Allreal mietet, was langfristig zu weitaus mehr Kosten führen wird, als wenn hier staatlich gebaut worden wäre.

Freilich geht es mit der vorliegenden Broschüre nicht darum, an den Kanton und die Stadt zu appellieren, damit diese einzelne Aufwertungsprojekte zukünftig selbst in die Hand nimmt. Dass in der kapitalistischen Stadtentwicklung der Marktgedanke im Vordergrund steht, wissen auch wir. Doch die verschiedenen hier aufgelisteten Punkte legen nahe, dass Aufwertung nicht einfach ein Systemzwang kapitalistischer Stadtpolitik ist, sondern entscheidende Akteure kennt. Insbesondere die Stadt, die Stadtplanung, das Quartiermanagement oder die wirtschaftsfreundliche Haltung einzelner Departementsvorsitzender gehören hier dazu.

## Zürich West - Ein Label entsteht und „soziale Durchmischung“ wird durchgesetzt

Die Impulsgruppe zur Aufwertung von Zürich West hatte früh erkannt, dass das Quartier nur dann einen Mehrwert erhalten kann, wenn es entsprechendes Image bekommt. Daraus entsprang der Gedanke des Labels «Zürich West», worunter die Nutzer ein lebendiges, trendiges und urbanes Quartier verstehen sollten. So lagen die ersten Direktmassnahmen, die von der Impulsgruppe ausgingen, unter anderem in der Begehbarmachung des ehemaligen Eisenbahnviaduktes und in der Belebung der Hardstrasse und der Hardbrücke, etwa durch einen Abendmarkt. Später kamen dem wichtige Kulturorte wie der Schiffsbau des Schauspielhauses Zürichs hinzu.

Wie wichtig das Image für den Aufwertungsprozess des Quartiers war, zeigt sich in einer Antwort des Stadtrates auf eine parlamentarische Frage von Ester Mauer (SP) und Myrta Studer (SP). Die beiden Parlamentarierinnen wollten bezüglich Umbau der Viaduktbögen wissen, was die Stadt – im Konsens darüber, dass „dem Industriequartier im Sinne einer guten sozialen Durchmischung, keine weiteren Einrichtungen im Bereich Notwohnungen und Begleitetes Wohnen mehr zugemutet werden könne“ (sic!) – zu tun gedenke, damit bestehende Wohnungen nicht zu Abbruchliegenschaften werden. Der Stadtrat antwortete hierzu mit den Worten:

*„Der Stadtrat setzt sich für einen möglichst umweltverträglichen Bau und Betrieb des Bahnprojekts ein, so dass die bisherigen Vermietungsmöglichkeiten erhalten bleiben sollten. Zudem setzt sich der Stadtrat für eine bessere soziale Durchmischung im Kreis 5 ein. Mit aktiven Massnahmen will er die Standortqualität des Stadtkreises 5 anheben: Dies nicht nur durch das Stadtforum und seine aktive Partizipation in der daraus hervorgegangenen Impulsgruppe Zürich-West, sondern auch durch die gartendenkpflegerische Restauration des Platzspitzes, durch die Sanierung des Lettenareals nach Auflösung der dortigen Drogenszene, durch den*

*Wettbewerb für die Aussentaumgestaltung im Bereich Ausstellungsstrasse sowie durch die Absicht, den Lettenviadukt im Sinne einer Auftaktmassnahme zur Aufwertung dieses Gebiets von den SBB zuübernehmen und als Fuss- und Veloweg auszubauen.“*

In dieser Antwort zeigt sich, dass das Image und die Lebensqualität, beispielsweise durch die Grünpflege und die Erhaltung einzelner Parkanlagen, als städtebauliche Grundlage für den kommenden Aufwertungsprozess zu verstehen sind: Zuerst wird die Lebensqualität erhöht, später wird aufgewertet. Ein aktuelleres Beispiel hierfür ist der Pfingstweidpark auf dem Planungsgebiet Maag Areal Plus. Dieser wurde 2009 unter Führung von Grün Stadt Zürich als Parkanlage gebaut, wobei ein Teil ab 2017 für den Bau eines neuen Schulhauses zur Verfügung stehen wird. Bis dahin bietet die Stadt die Bevölkerung um Ideen für Zwischennutzungen, um damit einen „eine einzigartigen“ und „kreativen“ Quartiertreffpunkt zu erschaffen, wie es auf der dazugehörigen Projektwebsite heisst. Solche Angebote haben viel mit dem Aufwertungsprozess zu tun. Beispielsweise ist der Pfingstweidpark in den Worten der Stadt letztlich „ein wichtiger Baustein der Freiraumversorgung für das Entwicklungsgebiet Zürich-West“, was nichts anderes bedeutet, als dass der Pfingstweidpark die Qualität des Quartiers steigert, was wiederum Investoren und vermögende AnwohnerInnen anlocken soll. Wie gut dies funktioniert, zeigt die Vermarktung des Zölly Towers und der angrenzenden neuen Wohnhäuser auf dem ehemaligen Maag-Areal: Auf Immobilienportalen wurden die Projekte unter anderem unter dem Übertitel „Wohnen am Pfingstweidpark“ angepriesen, womit der KäuferIn und der NutzerIn zugleich Urbanität als auch Erholungszone verkauft werden sollte.

Das Label einer grünen Urbanität, wie es sowohl im Pfingstweidpark als eben auch in den ersten Aufwertungsaktivitäten der Stadt zum Ausdruck kommt, hat noch einen zweiten, bisher wenig beleuchteten Zusammenhang mit dem Aufwertungsprozess. So muss berücksichtigt werden, wer eigentlich zur anvisierten Zielgruppe von Zürich West gehört. Diese besteht primär

# 4

aus Doppelverdiener, gehobene Wohngemeinschaften und RückkehrerInnen aus der Agglomeration. Während die erst beiden Gruppen urbane Lebensqualität schon mit Naturverträglichkeit verbinden, hierzu gehört etwa die Kombination Bioläden, «urban gardening» und städtische Grünflächen, sind die Rückkehrer jene Menschen, die in den vorherigen Jahrzehnten die Stadt aufgrund fehlender Erholungs- und Grünfläche verlassen haben. Für diese Gruppe gutverdienender, die Stadt als Arbeitsort nutzender Menschen ist Urbanität aufgrund bisheriger Erfahrungen aus den 90er Jahren primär ein Konglomerat von lebensloser Betonlandschaft und Anwohnerschaft aus dem Niedriglohnsektor. Kann dieser Gruppe jedoch über städtische Aktivitäten vermittelt werden, dass sich die Stadt von diesem Zustand erholt hat – dazu gehören beim Pfingstweidpark nicht nur die neue Grünanlage, sondern auch der zukünftige Bau einer neuen Schule für das Quartier der Wohlhabenden – dann finden solche gutverdienenden Menschen den Weg zurück in die Stadt.

Erneut legt dies nahe, wie wichtig die Stadt und ihre Institutionen beim Aufwertungsprozess sind. Dies betrifft in Zürich West wie so oft aber nicht nur Aktivitäten zum Initialstart für künftige Investitionen und die anhaltende Sicherung der Lebensqualität, beispielsweise durch die Arbeit von Grün Stadt Zürich, sondern auch, wie die zitierte Antwort des Stadtrates nahelegt, die Legitimation der Aufwertung durch die politischen Instanzen. Zentral dabei ist das politische Zauberwort „soziale Durchmischung“, das die gesellschaftliche Akzeptanz von Quartierveränderungen bis heute prägt. Dass diese, wie die Stadt selbst sagt, „einen wesentlichen Beitrag zur sozialpolitischen Stabilität“ leistet, ist dann nochmals ein ganz anderes Thema städtischer Wohnpolitik. Die Stossrichtung der „Soziale Durchmischung“ ist klar, denn diese bedeutet nicht günstige Wohnungen bereitzustellen oder ärmere Quartierbewohner zu integrieren, sondern primär reiche Anwohner anzulocken. Es ist folglich auch kein Wunder, dass die Anwendung einer solchen politischen Leitlinie ausschliesslich in ärmeren Quartieren zum Tragen kommt; bisher hat zumindest noch keine ParlamentarierIn die bessere soziale Durchmischung des Zürichberges, dem Standort der Nobel-

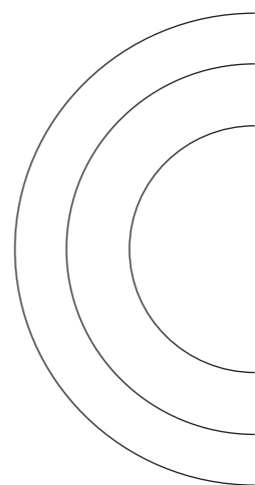
quartiere von Zürich gefordert. Will heissen: Soziale Durchmischung ist in der Regel nichts anderes als ein langfristiger Verdrängungsprozess, bei welchem ärmere Quartierbewohner in mehrjährigen Prozessen aus den Quartieren verdrängt werden sollen. Und wem die Antwort des Stadtrates als Beleg für diese These nicht genügt, der sei auf eine städtische Studie zur Entwicklung von Zürich West aus dem Jahre 2004 verwiesen, wo es erneut heisst: „Der Kreis 5 (Quartiere Gewerbeschule und Escher Wyss) ist traditionell ein Stadtkreis mit überdurchschnittlich hohem Ausländeranteil. Um in diesem Kreis die soziale Durchmischung zu verbessern, wurden 1999 für Zürich West die Integration aller Bevölkerungsgruppen und eine Verhinderung der Segregation als wichtige Ziele definiert.“ Wenn Zürich als ehemalige A-Stadt, also als eine Stadt für Arme, Arbeitslose, Alte, Alkoholiker, durchmischt werden soll, dann bedeutet dies für die bisherigen BewohnerInnen nichts anderes als Verdrängung. Dass heute immer noch viele AusländerInnen in Zürich West leben, allerdings solche, die genügend Geld mit sich bringen, und dass Zürich West mittlerweile zu den reichsten Quartieren gehört, also alles andere als sozial durchmischt ist, stört heute niemand mehr. Ebenso wenig wurde bisher beachtet, dass sich insbesondere die Zürcher Sozialdemokratie auf die Fahne geschrieben hat, die A-Stadt aufzulösen, dass also die städtische Sozialpolitik ebenso als Teil eines Aufwertungsprozesses fungieren kann.

Ganz so einfach, wie sich die Stadt und die Impulsgruppe die Erschaffung ihres Labels vorgestellt hatten, war es dann doch nicht. Tatsächlich konnte zwar die gefühlte Lebensqualität angehoben werden und es zogen reiche Bewohner hinzu, doch zum Selbstläufer wurde das Label Zürich West nach der Auflösung der Impulsgruppe nicht. So mussten die Grundeigentümer und Ladenbesitzer irgendwann resigniert feststellen, dass alleine die ständige Verwendung des Begriffes „Trendquartier“ oder „Boom-Quartier“ aus dem Quartier noch kein solches macht. Dies hängt eng damit zusammen, dass die Frage des Labels und der öffentlichen Wahrnehmung ein Widerspruchsfeld ist, das sich dynamisch verhält. Während die Clubs und das Nachtleben ein Quartier beispielsweise lebendig gestalten, sorgen diese gleichzeitig für Lärm und andere Störelemente. Damit hat heute insbesondere das Maag-Areal zu kämpfen, das von unzähligen Lärmklagen neuer, reicher AnwohnerInnen eingedeckt wird. Auch beklagen sich manche Anwohner, dass nach sechs Uhr, wenn die Kreativangestellten nach Hause gehen, das Leben im Quartier erlischt. Gleichzeitig sind die neuen AnwohnerInnen, die wegen dem Image in das Quartier zogen, diejenigen, welche die Leute, die dieses Image erst herstellten, wieder aus dem Quartier verdrängen. Die Schwierigkeit, das Label Zürich West am Leben zu erhalten, hängt auch mit der Konkurrenz zusammen. Zürich West ist nicht das einzige Quartier, das darum buhlt, urban und trendig zu sein. Die Europaallee beispielsweise vermarktet sich mit einem ähnlichen Konzept. Um sich dennoch von anderen abzusetzen unternehmen Eigentümer und ansässige Geschäfte in Zürich West deswegen kontinuierlich Versuche, das Label aufrechtzuerhalten. Ein Beispiel hierfür ist der seit mehreren Jahren stattfindende «Kreislauf 4+5» der ansässigen Designerläden mit Unterstützung der ZKB und der Volkswirtschaftsdirektion oder das durchaus vorhandene Wohlwollen gegenüber den Betreibern von hippen Gastrobetrieben wie beispielsweise Frau Gerolds Garten. Hilfe bekommen die Unternehmen dabei von der Stadt Zürich, die sich ebenfalls mit Kulturanlässen beteiligt.

## Die Folgen für das Quartier

Im Laufe der Jahre seit sich die Impulsgruppe Zürich West der Entwicklung des Quartieres angenommen, entstanden auf fast allen ehemaligen Industriearealen Neubauten. Das betrifft insbesondere Orte wie der Maaghof, der Pfingstweidpark, der Prime Tower, der Mobimo Tower, das Löwenbräu-Areal usw.. Ohne auf die einzelnen Projekte samt ihren Eigenheiten eingehen zu wollen, lassen sich darin Tendenzen erkennen, die typisch für Aufwertungsprozesse sind und die insbesondere im Vergleich zu anderen Quartieren auffallen. Besonders sticht hervor, dass über 50 Prozent der gebauten Wohnungen in den genannten Arealen Eigentumswohnungen sind. In der Stadt Zürich lag der Anteil an Eigentumswohnungen im Vergleich zu Mietwohnungen bei gut 7 Prozent. Eigentumswohnungen lassen sich in Trendquartieren besser als Investitionsobjekt verkaufen („Buy-to-let“, der Kauf um zu Vermieten, war eine Zeit ein wichtiger Trend auf dem Immobilienmarkt, der die Preise zusätzlich erhöhte) und bieten eine hohe Rendite für die Grundeigentümer. Gleichzeitig sind sie für schlecht verdienende Menschen im Normalfall unerschwinglich und sorgen so für eine neue Zusammensetzung des Quartiers. Dass die neuen Wohnungen auf reiche Personen zugeschnitten sind, zeigt sich auch in deren architektonischem Aufbau. Sie sind überproportional gross und mit wenig Zimmern ausgestattet. Die durchschnittlich zu Verfügung stehende Wohnfläche ist in Zürich West daher fast doppelt so gross wie im Zürcher Durchschnitt. Auch haben sich im Laufe der Zeit auch die Mietpreise im Vergleich zu anderen Quartieren deutlich erhöht. Die INURA-Studie weist etwa nach, dass 2013 in den Neubauarealen eine 2.5. Zimmer-Wohnung 2013 durchschnittlich 2500 Franken pro Monat, eine 3.5 Zimmer-Wohnung gut 3750 Franken pro Monat und eine 4.5. Zimmer-Wohnung 4020 Franken pro Monat kostete. Im Vergleich dazu kosteten 3.6. Zimmer in Zürich Affoltern 2380 Franken und 4.5. Zimmer 2700 Franken im Monat.

Der Anstieg der Mieten und das Ungleichgewicht von Eigentums- und Mietwohnungen führten automatisch zu einer veränderten Zusammensetzung von Zürich West. Man kann es ganz plakativ ausdrücken: Während das Proletariat verdrängt wurde, stieg die Anzahl bourgeoisier Lebensentwürfe im Quartier an. Dies lässt sich indirekt durchaus belegen. Beispielsweise hat sich das durchschnittliche Medianeinkommen im Raum Escher-Wyss seit der Jahrtausendwende bei unverheirateten Personen um 24 Prozent und bei den Ehepaaren um 51 Prozent erhöht. Gemessen am Medianeinkommen un-



# 4

verheirateter Anwohner gehört das Quartier mittlerweile zu den reichsten Gegenden der Stadt. Dass sich das Quartier nicht noch stärker veränderte, ist einzig darauf zurückzuführen, dass der Eigentumsbesitz nicht gänzlich homogenisiert ist und es auch in Zürich West noch nicht aufgewertete Wohnfläche gibt. Gleichzeitig besitzt der Bereich rund um den Escher-Wyss mit 4.7% den höchsten Leerwohnungsanteil, was darauf zurückzuführen ist, dass teure Wohnungen lieber leer gelassen werden, als deren Mietpreis zu senken. Zudem werden in Zürich West viele der Wohnungen als Zweitwohnungssitz behalten; was sich die einen leisten können, verschärft für die anderen zusätzlich den Druck auf dem Wohnungsmarkt.

## Wer profitiert?

Die Bodenpreise haben sich infolge der Aufwertungsprozesse beständig erhöht. Gemäss INIURA-Studie lag dieser für unbebautes Land Ende der 1990er Jahre noch bei gut 1000 Franken pro Quadratmeter. Bis 2001 erhöhte er sich auf 1500 Franken und im Jahre 2013 lag er schliesslich bei durchschnittlich 3000 Franken pro Quadratmeter. Nimmt man die 90 Hektaren Land, die es in Zürich West zu bebauen gäbe, dann liegt der Wertzuwachs von diesem Boden seit den 90er Jahren bei rund 1.8 Milliarden Franken. Insofern die Grundeigentümer vergleichsweise wenig für diesen Wertzuwachs investieren mussten, erwies sich der Aufwertungsprozess für die Immobilienbesitzer als besonders profitabler Glücksfall. Allerdings handelt es sich bei diesen Zahlen um eine Tendenz, die etliche statistische Abweichungen kennt. Diese werden auf bebauten Arealen aufgrund ihrer Bebauung und möglichen Nutzung noch zusätzlich verstärkt, was die genaue Beurteilung abseits der unsicheren Datenlage zusätzlich erschwert.

Dennoch lassen sich auch hier historische Tendenzen beobachten, die wiederum für Aufwertungsprozesse durchaus typisch sind. Zu den ersten Nutzniessern der Quartierveränderung gehörten die alten Eigentümer, insbesondere die Industriefirmen und einzelne Unternehmerfamilien. Diese konnten in einem frühen Prozess ihre Grundstücke entweder gewinnträchtig an Immobilienunternehmen verkaufen oder selbst zu Immobilienfirmen werden. So verkaufte beispielsweise der Lebensmittelbetrieb Coop sein Bauland an Mobimo oder Hürliman sein Areal an PSP. Ein Beispiel für einen grösseren Wandel ist die Albers & Co AG. Diese produzierte früher primär Textilien. Heute geht sie heute dank der Tochtergesellschaft, die Hardturm AG, zusätzlich auch zu den wichtigen Immobilienfirmen in Zürich

West und verdient so ihr Geld mittlerweile ebenso über Immobilien.

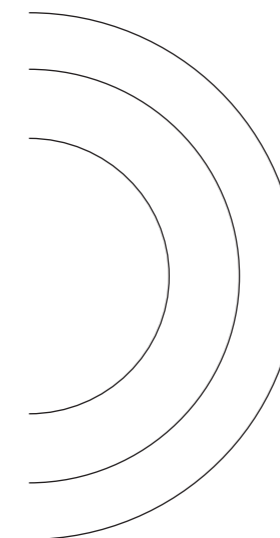
Eine zweite Gruppe privater Profiteure finden sich in den internationalen Immobilienhändler oder Risikoanlegern, die insbesondere Ende der 90er Jahre im Rahmen der grossen Immobilienspekulation auftauchten. Darunter gehören Größen wie der Zuger Rohstoffhändler Marc Rich, dessen Immobilienunternehmen Anteil am Löwenbräu-Areal besass, ehe es an PSP überging oder der „Berufsspekulant“ Klaus Ehlerding, der über seine Immobilienfirma Beteiligungs- und Grundbesitz-AG (WCM) am Maag Areal mitverdiente, bevor es an SPS verkauft wurde. Andere private Gewinner sind die am Aufwertungsprozess beteiligten Baufirmen, was in Zürich West primär die Halter AG, Losinger Marazzi AG und die Steiner AG sind.

Die grössten Profiteure des Aufwertungsprozesses in Zürich West sind allerdings die spezialisierten Immobilienfirmen, darunter insbesondere Allreal, Hardturm AG, Losinger Marazzi, Mobimo, PSP und SPS. Alleine diesen sechs Unternehmen gehört rund 30 Hektaren Fläche in Zürich West, was einem Viertel der gesamten Bauzonenfläche (124 Hektar) und mit Abzug von Strassen etc. gar einem Drittel der bebaubaren Fläche entspricht. Wie viel Profit diese Unternehmen aus der Aufwertung von Zürich West tatsächlich schlagen konnten (oder noch werden) ist unklar. Ein Indiz für den Wertzuwachs durch Aufwertung lässt sich aber anhand der Neubeurteilungen vom Immobilienportfolio machen, wobei die einzelnen Unternehmen nicht ausweisen, wie viel davon auf Zürich West fällt. Die INURA-Studie hat dennoch versucht, anhand einzelner Beispiele zu verdeutlichen, wie viel Geld in dem Aufwertungsprozess liegt. Ein Beispiel für einen realisierten Mehrwert ist das Toni-Areal. Für dessen Kauf aus der Konkursmasse zahlte die ZKB läppische 30 Millionen Franken. Verkauft wurde es an Allreal zu einem Betrag zwischen 100 und 124 Millionen Franken, wobei Allreal daraus nun Mieteinträge mit Bruttorenditen von gut 5.4 Prozent einstreichen will. Ein Beispiel für einen reinen Wertzuwachs ist das Maag-Areal. Dieses wurde 2004 mit 71.55 Millionen Franken bewertet. Für das Teilareal Prime-Tower deklariert SPS 2005 Erwerbskosten von rund 61.3 Millionen Franken. Inklusive Baukosten beläuft sich die Investition auf etwa 343.8 Millionen Franken. 2011 ist der Prime Tower dann schon geschätzte 439.6 Millionen Franken wert, was einem Profit von über 27 Prozent entsprechen würde. Ein vergleichbarer Wertzuwachs lässt sich auch im restlichen Maag-Areal beobachten. Allerdings können hinter solchen Wertzunahmen auch ökonomi-

sche Blasenbildungen stecken und ein Wertzuwachs durch Neueinschätzungen ist nicht gleichbedeutend mit einem im Verkauf tatsächlich realisierten Wert. Dennoch kommen dem auch noch die Einnahmen aus dem Verkauf oder die Vermietung von Wohnungen hinzu, was durchaus den Schluss zulässt, dass mit Immobilien in Zürich West, bei relativ geringen Investitionen, gehörig Geld verdient werden kann.

Von der Wertsteigerung und den Profiten profitieren aber nicht nur die Unternehmen, sondern auch die entsprechenden Aktionäre. Als ob dem nicht schon genug wäre, können die Immobilienfirmen dabei auch noch auf einen steuertechnischen Trick zurückgreifen, der die Ausschüttungen an die Aktionäre steuerfrei übertragbar macht. Dies geschieht indem das Aktienkapital den Investoren quasi zurückerstattet wird. Weil es sich bei dem entstehenden Geld steuerrechtlich bloss um Kapital, nicht aber um Gewinne handelt, muss hierfür keine Steuern bezahlt werden. Mit dieser Möglichkeit ausgestattet haben gemäss INURA-Studie Mobimo, Allreal, PSP und SPS zwischen 2002 und 2012 Rückerstattungen im Wert von 2449 Millionen Franken an ihre Aktionäre verteilt, wobei dies nicht alleine auf die Erwirtschaftungen aus Zürich West zurück geht. Dabei sind es nicht nur Unternehmen, die von ihren Investitionen profitieren, sondern auch private Aktionäre: Die SPS-Grossaktionäre Klaus Wecken und Walter Fust haben beispielsweise 2012 8.35 beziehungsweise 8.5 Millionen Franken steuerfreies Geld für ihren Anteil an der Firma bekommen. Es ist dies ein bemerkenswerter aus Eigentumsanteilen entspringender Ertrag in einer Welt, in der es gemäss bürgerlichem Schulunterricht keine Bourgeoisie mehr geben soll.

Auch wenn wichtige Gebäude in Zürich West schon gebaut wurden, ist der Aufwertungsprozess noch längst nicht abgeschlossen. Weitere Areale warten auf ihre Bebauung, darunter die Projekte auf dem Hardturm-Areal inkl. Fussballstadion, das angedachte Hochhaus auf dem Tramdepot Hard oder die Bebauung auf dem Swissmill-Areal. Auch hier werden wieder Millionenbeträge erwirtschaftet werden und auch hier leistet die Stadt jetzt schon ihren Beitrag zum guten Gelingen.



# 5 Das Projekt Langstrasse Plus und andere städtische „Aufwertungsmassnahmen“ im Kreis 4 seit den 1990er Jahren

Im März 2001 stellte der Zürcher Stadtrat das Projekt „Langstrasse Plus“ als ämterübergreifender Massnahmenkatalog zur „Quartieraufwertung“ im Kreis 4 vor. Die Leitung unterstand dem Polizeidepartement. Argumentiert wurde primär, dass es massive Sicherheitsprobleme im Langstrassenquartier gäbe; viele Drogenabhängige hätten sich nach der Schliessung des Letten-Areals 1995 in Richtung Langstrasse verlagert und würden dort „kleinere Szenen“ bilden. Das störte natürlich die städtische Verwaltung und die Hauseigentümer des Gebiets. Eine solche „Abwertung“ drückte auch auf die Immobilienpreise. Ausserdem hatte die Stadt seit den 1990er Jahren in Zürich West gute Erfahrungen mit verschiedensten Kapitalgebern gemacht und wusste was es hiess, ein ganzes Quartier „aufzuwerten“.

„Erlaubt ist was nicht stört“, hiess die Kampagne der Stadt Zürich 2003 und ab Anfang 2006 hatte der Staat auch gleich noch ein wichtiges repressives Instrumentarium erhalten, um die Veränderungen durchzusetzen: der Wegweisungsartikel im neuen kantonalen Polizeigesetz von Zürich. Die Sicherheitsorgane konnten nun präventiv-repressiv handeln. Das Ziel „Sicherheit im öffentlichen Raum“ stand an erster Stelle beim Projekt Langstrasse Plus. Natürlich stellte sich rasch heraus,

welche Sicherheit damit gemeint ist: die Sicherheit der Besitzenden. Das Büro Wüest & Partner befragte beispielsweise 2006 im Auftrag des Amtes für Stadtentwicklung der Stadt Zürich zuerst die Immobilienbesitzer nach deren Befinden, bevor sie sich dann 2007 für die Wohnbevölkerung interessierten. Bei der ersten Befragung wurden hauptsächlich die in der seit 2000 zusammengefundene Interessengruppe GrundeigentümerInnen Langstrasse aufgesucht. 2004 fand in diesem Zusammenhang schon eine Versammlung im Volkshaus statt, bei der versucht wurde alle interessierten HausbesitzerInnen des Quartiers an einen Tisch zu bringen und deren „Bedürfnisse“ zu eruieren. Dabei wurde z.B. zwischen 1991 und 2000 eine erhöhte Renovationstätigkeit im Gebiet Langstrasse (auf Seite Kreis 5) festgestellt. Ausserdem wurden viele Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt, was sogar die städtischen Behörden als „Gentrifizierungstendenz“ bezeichneten.

hWenngleich die Tendenz zur Umwandlung im Langstrassenquartier weniger stark ausfällt als generell in der Stadt Zürich, ist in den Jahren zwischen 1993 und 1996 doch eine rasante Zunahme zu erkennen. Mit der Veränderung der Bevölkerungsstruktur im Wohnbereich geht auch einher, dass sich der öffentliche Raum verändert. Im März 2001 liess die Stadt zu Beginn des Projektes Langstrasse Plus, quasi als Eröffnungsspektakel, die Bäckeranlage schliessen, um sie anschliessend „quartierverträglicher“ zu gestalten. Dies erreichte seinen Höhepunkt 2011, als die Stadt sogar die Tischtennistische abmontieren liess, mit der Begründung, dass diese „[...]als Abstellfläche für Alkohol und Unterlage zum Dealen verwendet“ werden, so der Gesamtleiter des Projektes Langstrasse Plus, Rolf Vieli. Wie bei den meisten stadtplanerischen Massnahmen, wurden auch hier raumarchitektonische Sicherheitsmassnahmen miteingebaut; abgeschrägte Abfalleimer, wenig bis gar keine Sitzmöglichkeiten, keine verwinkelten Orte, mehr und hellere Beleuchtung, mehr Kameras und noch viel mehr.

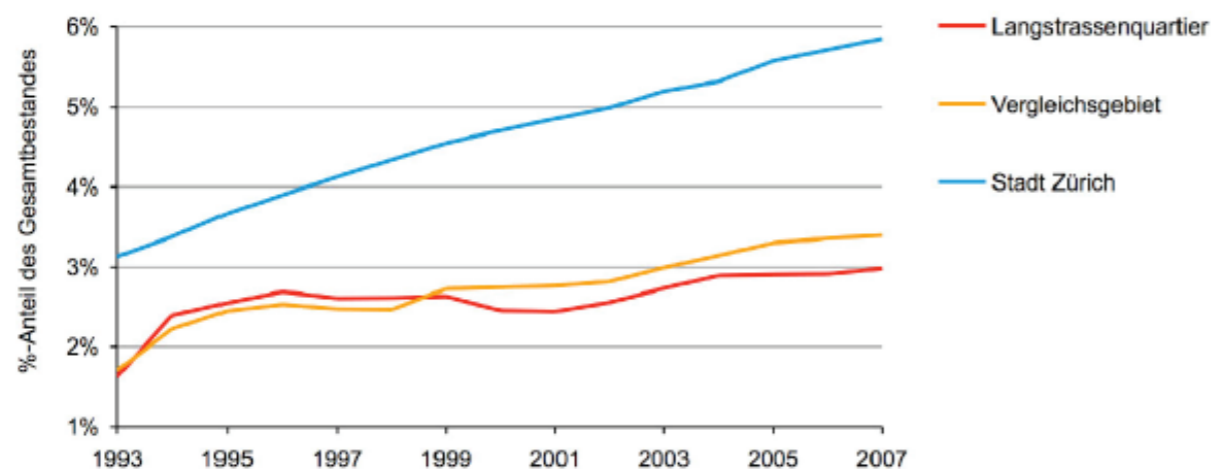
Es geht hier also um die Sicherheit des Kapitals. So setzte sich Vieli mit seinem Projekt primär für die Käufer von Liegenschaften im Langstrassengebiet ein. Hierfür gibt es genügend Beispiele. Mit Peter Sander beispielsweise, welcher die Liegenschaften an der Neufrankengasse besitzt und dort SozialhilfeempfängerInnen regelrecht abzockt, pflegte er einen guten Kontakt und half diesem etwa bei seiner „Problemliegenschaft“, wie Sander in einem Interview im Dezember 2010 erklärte. Damit konnte er rund 300'000 CHF im Monat einnehmen; seinen Wohnungsbestand an der Neufrankengasse erhöhte er hierzu, indem er Trennwände in die Wohnungen ziehen liess, um schliesslich für Einzimmerwohnungen Mietpreise von über 1000 CHF zu verlangen.

Auch Andres Brändli, ein Geschäftspartner des Partners von Vera Gloor, äusserste sich als Liegenschaftsbesitzer im Langstrassengebiet ungemein positiv über das Projekt Langstrasse Plus; mit seiner ZH Immobilien AG (zusammen mit der Architektin Gloor) pflegte er intensiven Kontakt mit Rolf Vieli. Ein Hauptanliegen des Projektes war es schliesslich, aus Cabarets und Bordellen teure Miet- oder Eigentumswohnungen zu machen. Die Umstrukturierung der LangstrassenbewohnerInnen nahm somit seinen Lauf. ‚Störende‘ und ‚unliebsame‘ Junkies, Alkoholiker und andere gesellschaftlich marginalisierte sollten vom öffentlichen Raum vertrieben werden, damit gehobene Schichten ein ‚angenehmes‘, ‚sauberes‘ Umfeld vorfinden würden, um in neu-

oder umgebaute Wohnungen an der Langstrasse und Umgebung ziehen zu können. Als weiteres Feld der Gebietsentwicklung lag es Langstrasse Plus am Herzen, „Investitionsanreize für Private, Aufwertung und Schutz von Wohngebieten und ein gezieltes Handeln der Stadt im Umgang mit Problem-liegenschaften“ zu generieren. Die Investitionsanreize wurden insbesondere durch eine 2003 von der Sozialdemokratischen Partei eingereichte Volksinitiative ins Programm aufgenommen: „Förderung der Wohnlichkeit und des Gewerbes im Kreis 4 (Langstrasse)“, wie das in sozialdemokratischem Jargon hiess. 20 Millionen Franken sollten hierfür aufgewendet und zur Unterstützung von Aufwertungsprojekten eingesetzt werden. Schliesslich wurde der Gegenvorschlag akzeptiert, wobei 2 Millionen CHF in Tranchen à 50'000 Franken an Gewerbetreibende ausbezahlt worden sind. Hauptsächlich wurde damit die Gastrobranche bedient, welche aus der Langstrasse eine regelrechte Ausgehmeile machte. Junge, hippe Bars und Cafés waren der ideale Aufwertungsfaktor, um die Immobilien wertsteigernder zu verkaufen oder zu vermieten. So erhielten beispielsweise der Club Zukunft und die Bar Casablanca je 40'000 CHF aus dem Fonds (je 20'000 als Darlehen und 20'000 als à-fonds-perdu Beitrag). Ebenso wurde die Alte Metzg (im Haus der ZH Immobilien AG um Vera Gloor), die Bar R22 oder das Piccolo Giardino mit Finanzspritzen beschenkt, um die Umwandlung zu einem „Trendquartier“ - wie dies bereits erfolgreich in Zürich West gemacht wurde – zu vollziehen. Die Stadt Zürich versuchte zudem mit einer grossangelegten Werbe- und Marketingkampagne im Jahr 2009 die Langstrasse als Ausgeh- und Shoppingmeile zu etablieren und eine Imageverbesserung anzustreben. Der Stein dafür wurde bereits Anfang der 1990er Jahre gelegt, als das Gastgewerbe liberalisiert wurde: 1993 durften 112 Gastbetriebe dauernd länger als 24 Uhr offen haben; bis 2011 hatte sich diese Zahl versechsfacht. Neben dem Gastgewerbe wurde allerdings auch Grafik- und Architekturbüros umworben.

Als das Projekt 2011 endete, war es der Leitung wichtig den Kontakt von städtischer Seite zu den InvestorInnen beizubehalten: „Es gibt vermehrt Investoren, welche grosse Volumina in das Langstrassenquartier investieren wollen.“ Ebenfalls pochten sie darauf – das Projekt war schliesslich im Polizeidepartement angesiedelt – das Community Policing besser auszurichten, sprich mehr Präsenz im Quartier: „Die Beamten sind für die Komplexität und Dynamik des Nachtlebens mehr zu sensibilisieren, um damit der Gefahr einer Frustrationsentwicklung zu begegnen.“ Euphemistisch wird

**Abb. B.1.5\_4 – Gebäude mit Stockwerkeigentum in % des Gesamtbestandes, 1993 bis 2007**  
Langstrassenquartier, Vergleichsgebiet und Stadt Zürich



Quelle: Statistik Stadt Zürich, Darstellung: GIUZ

hier ausgedrückt, dass die polizeiliche Präsenz rund um die Langstrasse bei den meisten BewohnerInnen kein subjektives Sicherheitsempfinden auslöste, sondern primär eine Abneigung gegenüber den ständigen rassistischen Kontrollen und Schikanen der Polizei hervorbrachte. Das Nachfolgeprojekt nennt sich seit 2011 „Quartiersicherheit im Langstrassengebiet“ und verfolgt – wenn auch unter anderer Leitung – die selben Ziele wie Langstrasse Plus: „Erhaltung und punktuelle Verbesserungen der Lebensqualität im Langstrassenquartier sowie Gewährleistung der objektiven Sicherheit und des subjektiven Sicherheitsgefühls“. Lebensqualität wird auch in diesem Projekt nur für die EigentümerInnen der Liegenschaften und ihre neuen, gutverdienenden BewohnerInnen im Quartier angestrebt, während der Rest mit ständiger Polizeipräsenz im öffentlichen Raum zu kämpfen hat. Der grösste Einschnitt ins Quartier wird allerdings 2020 fertiggestellt sein: die Europaallee. Auswirkungen sind bereits jetzt für viele BewohnerInnen zu spüren. Auf Ende 2016 werden die MieterInnen an der Neufrankengasse 6 und 14 – den Häusern von Peter Sander – rausgeworfen. Die zuständige Immobilienverwaltung Real Estate Solutions GmbH gab unverhohlen zu: „Mit der Fertigstellung der Europaallee werden die Liegenschaften totalsaniert und damit aufgewertet.“ Über 1 Milliarde CHF wird das Projekt schliesslich gekostet haben. Hauptsächlich teure Wohnungen und eine Einkaufspassage haben die SBB hingeklotzt. Die Mieten des zurzeit ausgeschriebenen Hauses H beispielsweise variieren zwischen 3130 CHF für eine 2.5 Zimmer-Wohnung und 5290 CHF für eine 4.5 Zimmer-Wohnung. Damit ist im Prinzip die Europaallee bloss die Verlängerung des Kreis 1 in den Kreis 4 – und zwar wie ein gewaltsamer Pflock. An dessen Spitze wird das AL-Mitglied Samir einen ‚Kulturkomplex‘ einrichten mit mehreren Kinos, Bistro, etc. Dazu haben er und der Chef des Sphères eigens eine Aktiengesellschaft, die Kosmos-Kultur AG, gegründet – und zwar mit über 2 Millionen CHF Eigenkapital von ‚kulturaffinen Freunden‘ Samirs. Während sich die Alternative Liste immer wieder auf die Fahnen schreiben möchte, wie sie gegen die Aufwertung im Quartier sei, mischen ihre Mitglieder also an vorderster Front mit oder dämmen – wie im Fall von AL-Polizeivorsteher Wolff – auch gleich noch den Widerstand dagegen ein.



**FARBIG?**

**Wieso nicht.  
Über 90 Coiffeursalons  
lassen keine  
Wünsche offen.**

Quartier  
**Langstrasse**  
Wo Zürich wirklich Weltstadt ist.  
www.langstrassenquartier.ch

Eine Initiative des Vereins Langstrassenmarketing und des Projektes Langstrasse PLUS

**SCHAND-  
FLECK?**

**Nicht doch.  
Über 100 Architektur-  
büros beweisen das  
Gegenteil.**

Quartier  
**Langstrasse**  
Wo Zürich wirklich Weltstadt ist.  
www.langstrassenquartier.ch

Eine Initiative des Vereins Langstrassenmarketing und des Projektes Langstrasse PLUS

**ROTLICHT-  
MILIEU?**

**Nicht doch.  
Grünes Licht für Ihre  
Weihnachtseinkäufe in  
über 250 Geschäften.**

Quartier  
**Langstrasse**  
Wo Zürich wirklich Weltstadt ist.  
www.langstrassenquartier.ch

Eine Initiative des Vereins Langstrassenmarketing und des Projektes Langstrasse PLUS

**BERÜCHTIGT?**

**Durchaus.  
Über 50 Grafikateliers  
sind bekannt  
für scharfe Kurven.**

Quartier  
**Langstrasse**  
Wo Zürich wirklich Weltstadt ist.  
www.langstrassenquartier.ch

Eine Initiative des Vereins Langstrassenmarketing und des Projektes Langstrasse plus

# 6 Kapitalistische Urbanisierung – was tun?

## Rückblick: Zur strategischen Bedeutung des Kampfes gegen die Stadtentwicklung

In der Subversion 18 und in dieser Broschüre haben wir versucht, die Stadtentwicklung, den Widerstand dagegen und das daraus folgende revolutionäre Mobilisierungspotential zusammen zu bringen und als gegenseitig bedingt zu begreifen. Es hat sich gezeigt, dass der gemeinsame Nenner darin liegt, dass kapitalistische Stadtentwicklung bei der Reproduktion der Ware „Arbeitskraft“ laufend Widersprüche produziert: Es lodert ein Konflikt zwischen den Interessen und Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung und den privaten Verwertungsinteressen, welche hinter der kapitalistischen Urbanisierung stehen. Dieser Konflikt weist einen Klassencharakter auf: Auch im Kampf um die Stadt verläuft die Konfrontationslinie zwischen oben und unten. Die Klassenwidersprüche reichen von der Wohnungsfrage über die Bildung hin bis zur Benutzung des öffentlichen Raums. Dabei ist die Diskriminierung im öffentlichen Raum, die damit verbundene Repression und Überwachung, die Ausbeutung der städtischen BewohnerInnen sowie die daraus resultierende Wohnungsnot und viele weitere Probleme, die das Leben des Proletariats konkret betreffen und an denen sich immer wieder schwerwiegende Konflikte und Kämpfe entzünden – von London über Paris und Hamburg bis hierher. Wie genau das Kapital auch bei der Produktion von Raum der Profitmaximierung unterworfen ist und welche Folgen das für die arbeitende Klasse hat, ist oben ausführlich beschrieben worden.

Dass sich aufgrund der Konzentration der Menschen in der Stadt quasi automatisch die gesellschaftlichen Konflikte dort abspielen und zwar unabhängig von spezifischen urbanen Ursachen, spielt bei der Bestimmung der strategischen Dimension keine Rolle. Vielmehr ist die Herstellung allgemeiner Produktionsbedingungen für das Kapital durch den Staat, also die Infrastruktur, die Verwaltung, der Raum und ebenso der Güter zur kollektiven Reproduktion der Arbeitskraft der Ausgangspunkt der hier formulierten Überlegungen. Bei der Herstellung der Produktionsbedingungen wird die Machterhaltung

des Staates mitgestrickt: Dieser benutzt gebaute Umwelt zur eigenen Machtsicherung. Dies nicht nur durch den Gebrauch unmittelbar repressiver Instrumente, sondern auch durch die Aufrechterhaltung der kulturellen Hegemonie. Schulen, Universitäten, Medienhäuser, Dienstleistungs- und Konsumzentren, kulturelle Schauplätze Kirchen und Erinnerungsorte sind alles Teil der gebauten Umwelt zur Produktion von herrschenden Ideologie, welche gegen die Interessen der ausgebeuteten Klasse laufen. Die strategische Dimension von urbaner räumlicher Praxis des Kapitals charakterisiert sich also dadurch, dass sie notwendigerweise gegen andere, eben proletarische Interessen durchgesetzt werden muss – und zwar mit allen Mitteln. Auch im Feld der kapitalistischen Urbanisierung verläuft der antagonistische Klassenwiderspruch zwischen Arbeit und Kapital. In den urbanen Klassenkämpfen wird der städtische Raum als strategisches Mittel gegen die Interessen des Proletariats in Stellung gebracht. Der Widerstand gegen die Aneignung der Herrschenden geht weit über lokale Proteste gegen die Stadtentwicklung hinaus, denn die Ursachen seiner Entstehung liegen in den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen. Er unterscheidet sich damit von Initiativen die ursprünglich kritisch gedacht, aber wegen ihrer reformistischen Orientierung selbst zu Motoren der Aufwertung werden.

### Die politische Reichweite des Widerstandes gegen die Aufwertung

Um zu einer konkreten Einschätzung der politischen Situation kommen zu können, orientieren wir uns notwendigerweise an den realen Widersprüchen und den vorhandenen Mobilisierungen dagegen. Die Ausdauer dieser erklärt sich weniger aus der Existenz von spezifisch organisierten Gruppen, als vielmehr aus den vielfältigen Widerspruchsfronten der Stadtentwicklung. Von einer eigentlichen sozialen Bewegung gegen die kapitalistische Urbanisierung, die wir in diesem Kontext als grundsätzlich emanzipatorisch verstehen, ist zumindest im Moment nicht auszugehen. Dafür fehlen genuine Eigenschaften einer Bewegung wie Kontinuität in einem bestimmten Kampfzyklus, eine gewisse organisatorische Verbindlichkeit und eine gewisse Quantität an politischer Dynamik. Obschon momentan keine

soziale Bewegung vorhanden ist, welche den Kampf um die Stadt dynamisiert und vorwärts trägt, gibt es immer wieder Widerstand gegen die kapitalistische Aufwertung der Stadt. Merkmale dieser Aktivitäten sind Attribute, die sich immer wieder durch die Aufwertung zwangsläufig entfachten Konflikte und Widersprüche ergeben. Diese Widerstandsaktivitäten haben teilweise durchaus revolutionäres Potential, da sie und der Kampf um die Stadt aufs Ganze zielt, wie wir zuvor und in der Subversion 18 *Die Stadt im 21. Jahrhundert – Klassenkampffeld im Wandel* gezeigt haben.

Was sich unweigerlich im Klassencharakter des Widerstandes gegen die städtische Aufwertung widerspiegelt, ist die im Stadtraum besonders ausgeprägte Heterogenität der Klassenzusammensetzung und -zugehörigkeit, als auch die damit verbundenen unterschiedlichsten Lebensformen, die für die Zusammensetzung der arbeitenden Klasse bedeutend sind. Diese ausdifferenzierte Klassensituation verunmöglicht jedoch keinesfalls, dass kollektiv für die Stadt und die Lebensbedingungen darin und allgemein gekämpft werden kann. Gerade die Geschichte der städtischen Revolten und Mobilisierungen zeigt ein anderes, von proletarischen und subproletarischen Interessen geprägtes Bild der Kämpfe um die Stadt: Es sind diejenigen, die das städtische Leben produzieren und reproduzieren, welche TrägerInnen dieser Kämpfe um die Stadt sind. Weiter gibt es in vielen Mobilisierungen und Aktivitäten das Potential, Kämpfe zu verbinden. Der Kampf um die Stadt ist mehr als der Kampf um die eigenen vier Wände!

Diese Vielfalt von Interessen, Zielen, Militanten und Aktionsformen macht es schwierig zu einer Einschätzung über die revolutionäre Perspektive und gesellschaftliche Reichweite dieser urbanen Kämpfe zu kommen. Eine dialektische, revolutionstheoretische Einheit wie zwischen Aufstand und der revolutionären ArbeiterInnenbewegung ist in diesen Kämpfen nicht vorhanden. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass die besonderen städtischen Eigenschaften, wie die gebaute Umwelt, für die Herrschenden und ihre politische Funktionen, für die zentrale Rolle der Stadt als potentiell revolutionärer Ort verantwortlich sind. Die urbanen Kämpfe reichen weit

über das eigentliche „Terrain“ hinaus – auf die gesellschaftlichen Verhältnisse im Allgemeinen. Weil Städte die Schaltstellen der herrschenden Verhältnisse sind, zeigen sich hier die Widersprüche innerhalb der Gesellschaft am deutlichsten und eröffnen dementsprechend strategische Angriffspunkte für revolutionäre Interventionen. Entsprechend der oben beschriebenen ökonomischen und politischen Bedeutung der Stadt für die Reproduktion des Kapitals, stellen daher Interventionen, Unterbrechungen und Störung derselben eine revolutionäre Möglichkeit dar, die nicht zu unterschätzen ist. Die hysterischen Reaktionen des staatlichen Apparates und der Medien auf Aktionen, welche den städtischen Raum unterwandern, sprechen eine deutliche Sprache. Anzusetzen ist bei den spontanen, im alltäglichen Leben wurzelnden Konflikte um und im öffentlichen Raum, die sich erstmal kaum revolutionär artikulieren. Ihre potentielle revolutionäre Bedeutung können sie dann bekommen, wenn wir es schaffen, diejenigen zu erkennen, die sich miteinander verknüpfen lassen, also ein antagonistisches Potential aufweisen.

### Vielfalt der Praxis

Der Widerstand gegen die Stadtaufwertung wird von verschiedenen politischen Parteien und Organisationen in Stellung gebracht. Die Stadt als Wohn- und Lebensraum betrifft viele Menschen, so dass im Aktivismus für die Stadt viele verschiedene politische Positionen, Ansprüche und Forderungen aufeinanderprallen. So sind auch die Aktivitäten rund um die Stadt in Zürich von grosser Bandbreite. Aktuell zeichnet sich das, was sich in Zürich zum Thema der Stadt tut, durch eine grosse Heterogenität aus. Dies zeigt sich einerseits inhaltlich an den diversifizierten Interessen: Die Konfrontation mit der Stadt spielt sich in einem weiten thematischen Rahmen ab, welche das öffentlich-nächtliche Leben an der Langstrasse verteidigen und das Engagement seitens BewohnerInnen für eine Quartieraufwertung „im Sinne der BewohnerInnen“ wie an der Weststrasse. Andererseits lassen sich die militanten Anschläge gegen Büros von besonders in die Stadtentwicklung eingebundenen ArchitektInnen wie Vera Gloor, die Angriffe auf Exempel der Stadtaufwertung wie an der Europaallee im Dezember 2014, Haus- und Kulturbesetzungen, Aktionen

wie Essen, Trinken und Konzerte im öffentlichen Raum sowie Demonstrationen und Kundgebungen auch als Praxis als Praxis gegen die Stadtaufwertung nennen. Mit dieser doppelten Heterogenität geht einher, dass die Vielfalt der Praxis an die Vielfalt von AkteurInnen gekoppelt ist. Reformistische wie revolutionäre Kräfte bearbeiten das Feld der Stadt gleichermassen.

Gerade weil die Stadt als Klassenkampfesfeld eine hohe Anzahl an Personen betrifft und mobilisiert, halten wir an der strategischen Bedeutung der Stadt als revolutionäres Kampffeld fest. Dabei ist der Kampf um die Stadt Teil des Aufbaus revolutionärer Gegenmacht. Wir meinen dabei nicht, dass Revolutionen entstehen, weil Städte Städte sind, sondern aus politischen Situationen heraus. Doch in den Städten konzentriert sich die politische und wirtschaftliche Macht, das wurde oben anhand eindrücklicher Beispiele klar gezeigt. Doch es konzentriert sich nicht nur die Macht, sondern eben neben der politischen Herrschaft und der wirtschaftlichen Macht auch die Armut, der Ausschluss, die Ausgrenzung. In der Stadt werden die Klassenwidersprüche sichtbar, was meint, dass sich in der Stadt gut die Widersprüche verschärfen lassen. Doch wie gestaltet sich der Kampf um die Stadt konkret? Es stellt sich für uns und für andere Revolutionäre die ganz simpel formulierte, aber schwer zu beantwortende Frage, welche Praxisformen gegen die Aufwertung, die kapitalistische Urbanisierung angewandt werden können und welche dialektischen Eigenheiten darin verborgen liegen. Wie gelingt es uns, im Kampf um und für die Stadt auch in schwierigen, reaktionären Zeiten eine Kontinuität des revolutionären Prozesses aufrechtzuerhalten? Welche Handlungsoptionen haben wir, wenn wir feststellen, dass unter anderem der Kampf um die Stadt für den revolutionären Aufbauprozess ein grosses politisches Potential hat? Und: Wie gelingt es uns, die Stadt zurück zu erobern? Im Folgenden findet sich diesbezüglich die Diskussion verschiedenster Praxisformen.

### Tante Mili in der Stadt

Im Rahmen der kapitalistischen Stadtentwicklung und der Kritik daran kommt es immer wieder zu militanten Aktionen gegen Projekte, welche stark in die Stadtentwicklung eingebunden sind. Auch Aushängeschilder der Aufwertung werden zum Ziel, wie beispielsweise die Europaallee. Wozu all dies? Welches Ziel hat die Militanz im Kampf um die Stadt? Die Grundlage, auf derer sich eine revolutionäre Militanz überhaupt entwickeln kann, ist die Feststellung, dass der Kapitalismus und somit auch die kapitalistische Urbanisierung auf einem Herrschaftsverhältnis und somit auf einem Gewaltverhältnis fusst. Ausdruck davon sind die verschiedenen Unterdrückungsmechanismen, im Besonderen die Funktion der Polizei. Was sich allgemein als Grundlage der kapitalistischen Ordnung beobachten lässt, ist ebenso Teil unserer politischen Erfahrung. Denn wenn die Polizei beispielsweise den Vorplatz der Reitschule militärisch besetzt oder das Anti-WEF-Winterquartier in Zürich räumen lässt, dann sind dies konkrete Elemente eines mehrdimensionalen repressiven Staatsapparates. Ohnmacht gegenüber dem kapitalistischen Gewaltmonopol und seiner Handlanger lässt sich allerdings nicht daraus ableiten. Sondern es stellt sich vielmehr die Frage, wie man mit dieser Situation umgehen soll. Eine Möglichkeit – im Kampffeld Stadt und anderswo – bietet der Widerstand dagegen. Ein Widerstand der sich nicht darauf begrenzt das bürgerliche Machtmonopol zu bekämpfen und letztlich das Machtmonopol der Herrschenden unangetastet lässt. Zwar spiegelt bürgerliche Gewalt reale Macht, kann aber nicht mit ihr gleichgesetzt werden. Widerstand, mit dem Ziel revolutionäre Gegenmacht aufzubauen, stellt gleichzeitig sowohl das Gewalt- als auch das Machtmonopol in Frage. Dies lässt sich als kollektiver Prozess verstehen, der in einem sich ständig verändernden Kräfteverhältnis kontinuierlich die eigene Seite aufbaut, um eines Tages den Kapitalismus überwinden zu können. Dabei strukturiert Gegenmacht den revolutionären Prozess, verleiht ihm konkrete Zielsetzungen und macht Perspektiven sichtbar. Somit ist Gegenmacht die wichtigste Verbindung zwischen einzelnen Schritten des revolutionären Prozesses. Eine solche zu realisieren bedeutet zugleich die Arbeit in den einzelnen politischen Bereichen zu-

sammenzuführen und Methoden zu entwickeln, die es den Kämpfenden ermöglicht, gemeinsam eine revolutionäre Perspektive zu entwickeln.

Nun ist nicht einfach jede militante oder unbewilligte Aktion immer ein erfolgreiches Stück Gegenmacht. Sie ist es dann, wenn sie Teil eines aufbauenden Prozesses ist, der im Kern darauf hinzielt den Kapitalismus als Ganzes in Frage zu stellen. Darüber muss nachgedacht werden. Daher hat die reformistische Linke notwendigerweise eine andere Sichtweise. Sie neigt dazu, eine Aktion entweder anhand der Teilnehmerzahl, anhand des medialen Feedbacks oder anhand der angeblich ausgelösten Diskussion zu bewerten. Abgesehen davon, dass man schleunigst davon wegkommen muss, Leserkommentare und den Inhalt einer Zeitung mit der Meinung der gesamten Bevölkerung gleichzusetzen und auch wenn die meisten Organisationen selbstverständlich froh darüber sind, wenn die Anzahl an TeilnehmerInnen stimmt, gibt es zahlreiche andere Kriterien, anhand derer Aktionen oder Demonstrationen geplant und reflektiert werden können.

Bei militanten Aktionen gegen die Aufwertung werden bestehende Widersprüche verschärft, revolutionäre Perspektiven aufgezeigt und somit den Widerstand in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext gestellt. Gegenmacht aufzubauen bedeutet demnach eben auch zu zeigen, dass Widerstand auch in solchen Situationen eines ungleichen Kräfteverhältnisses eine aufbauende Perspektive bekommen kann. Dies geschah beispielsweise um die Räumung der Binz sowie an deren Neubesetzung, bei der Räumung des Labitzkeareals aber auch an der RTS im Dezember 2014, als die Europaallee die Wut gegen die herrschende Stadtentwicklung zu spüren bekam. Diese Situationen beinhalteten das Moment von Gegenmacht und sind unter anderem Mitursache dafür, dass es in den letzten Jahren weitere Bestrebungen gab, die Aufwertung konkret anzugreifen. So hat die RTS den Widerstand gegen die Stadtaufwertung nicht etwa geschwächt, sondern gestärkt, was sich nicht zuletzt in der Kontinuität der kulturellen Massenveranstaltungen zum Thema Stadtaufwertung in Zürich zeigt. Freilich zaubern all diese Beispiele für sich selbst betrachtet

nicht einfach eine Revolution herbei, doch sind sie in ihrem Zusammenhang Ausdruck einer Kontinuität, die langfristig als einzige eine revolutionäre Systemveränderung herbeiführen kann.

Ein von reformistischen Kräften und medialen Kommentatoren dabei gerne eingebrachtes Argument liegt darin, dass man durch Militanz nur von seinen eigenen Zielen abkomme und sympathisierende Leute abschrecke. Dies hat häufig zur Folge, dass diejenigen, die sich bewegen, dafür verantwortlich gemacht werden, dass andere sich nicht bewegen. Doch wenn die wissenschaftliche Erkenntnis über den Kapitalismus darin liegt, dass dieser immer gewalttätig ist und die historische Erkenntnis beinhaltet, dass diese Gewalt letztendlich nur mit unterschiedlichen militanten und im Sinne der herrschenden Ordnung illegalen Formen endgültig durchbrochen werden kann – denn die Herrschenden werden ihre Herrschaft nicht einfach abgeben wollen – dann besteht die revolutionäre Überzeugungskraft gerade darin, dass auch die militante Praxis vermittelt werden muss. Dies unter der Voraussetzung, dass eine Aktionsform ihrem Inhalt entspricht, muss dieselbe nicht verändert werden, um den Inhalt zu vermitteln. Im Gegenteil, revolutionäre Politik kann letztlich nur mit revolutionären Formen vermittelt werden, will man jemanden von der Notwendigkeit eines revolutionären Bruches mit der Gesellschaft überzeugen. Das heisst im Gegenzug aber nicht, dass die Formen des Kampfes nicht ständig analysiert werden müssen.

Gegenmacht aufzubauen heisst auch sich darüber im Klaren zu sein, dass der revolutionäre Aufbauprozess nicht einfach eine kontinuierliche Steigerung beinhaltet, wo wir von heute auf morgen immer mehr werden, sondern dass der Kampf verschiedene Phasen kennt. Solche Phasen wiederum besitzen unterschiedliche politische Programmatik und Formen des Kampfes, die es kollektiv zu bestimmen gilt und immer wieder hinterfragt werden müssen. Doch die Angst davor, dass eine Praxis nicht der angebrachten Kampfformen entspricht, wirkt häufig lähmend. Dies verstärkt sich im Konkreten dadurch, dass eine mögliche Ablehnung von bestimmten Kampfformen allzu häufig als allgemeine Ablehnung



# 6

des antikapitalistischen Kampfes als solcher verstanden wird. Für unsere Städte heisst das nun: Es ist klar, mit militanten Aktionen kann die Stadtaufwertung nicht gestoppt werden. Doch können solche Interventionen, die den kapitalistischen „Normalbetrieb“ stören und unterwandern, auch die potentiellen Dimensionen revolutionärer Militanz, nämlich revolutionäre Gegenmacht, sichtbar machen. Recherchen, wie sie im oberen Teil der Broschüre zu finden sind, sind notwendig, um zu verstehen, wie die Stadtaufwertung in Zürich funktioniert und um aufzuzeigen, wer konkret dahinter steckt. Nur anhand dieser Informationen wird es möglich, klare Ziele und Angriffspunkte zu formulieren und nur so kommt man davon weg, den neuen Hipster-Beck von nebenan zum Feind erklären zu wollen.

## Hüser bsetzä – Bonze schletzä?

Eine weitere Aktionsform im Kampf um die Stadt ist die Besetzung von leerstehenden Häusern, Wohnungen und Arealen. Dabei werden die herrschenden Besitzverhältnisse ins Wanken gebracht und untergraben. Zwar werden jene, die Wohnraum besitzen, nicht enteignet, jedoch umgeht man die Generierung des Mehrwertes durch Mietzinszahlung. Die Geschichte der Besetzungen in Zürich setzt genau an diesem Punkt an. Zentrales Thema der Besetzungen in den 70er- und vor allem in den 80er-Jahren waren wohnpolitische Forderungen. Die Stadt wurde angeklagt, sie Sorge sich zu wenig um günstigen Wohnraum. Die Profiteure wurden angeklagt, sie spekulieren mit Wohnraum und schlagen daraus horrend Renditen. Ende der 80er-Jahren wurde seitens der BesetzerInnen neu das Thema der kapitalistischen Urbanisierung auf den Tisch gebracht und Zürich als zunehmende Dienstleistungsstadt kritisiert – gleichzeitig plante Zürich die Anbindung von Stadt und Land durch ein vielfältiges S-Bahn-Netz. Doch nicht alle BesetzerInnen vollzogen in ihrem Aktivismus einen Bruch mit den herrschenden Zuständen. So taucht in damaligen Bekenner schreiben und Communiqués immer wieder die Losung „Besetzen ist gut - billiger Wohnraum ist besser!“ auf. Obschon im Vergleich zu heute in der Stadt Zürich sehr viel mehr Liegenschaften besetzt wurden, heisst dies nicht, dass dies mit einem erhöhten politischen Bewusstsein oder mit einer

verstärkten revolutionären Perspektive einhergeht. Die Not war gross und die AktivistInnen rund um die Wohnungs- und Städtepolitik sammelten sich innerhalb einer sozialen Bewegung, die eine hohe Vielfalt an Menschen erfasste. So viel wie besetzt wurde, so viel wurden besetzte Liegenschaft auch wieder kampfflos hergegeben, wenn sich eine Konfrontation einstellte. Was jedoch folgte, war ein permanentes Neubesetzen weiterer leerstehender Häuser und Wohnungen, so dass der Handlungsdruck für die Stadtzürcher Regierung stieg. Man entschied sich 1989, das immer noch gültige Merkblatt im Umgang mit Besetzungen zu verfassen, in dem die Stadt Zürich anweist, Besetzungen nicht per se zu räumen, sondern erst wenn eine legale Neunutzung garantiert ist. Dies war für die Zürcher Stadtregierung, wie wir aus heutiger Perspektive sehen können, ein wichtiger strategischer Schritt zur Beruhigung der Lage. Linderung erfuhr dadurch auch die Wohnungsnot, gleichzeitig konnten sich längere, fixere Häuserprojekte etablieren und der Häuserkampf nahm ab.

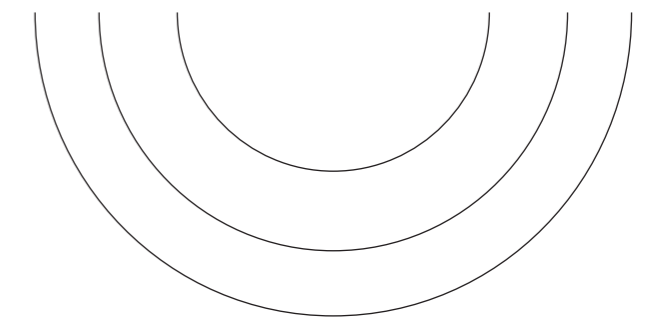
Die Beweggründe für Besetzungen haben sich in den letzten 30 Jahren verändert. Während es früher vor allem wohnpolitische Forderungen waren, welche die Besetzungen verschiedenster Häuser und Wohnungen in ganz Zürich legitimierten, leitete die Wohlgroth-Besetzung 1991 – 1993 ein Hoch an Forderungen nach kulturellem Freiraum ein, obschon gerade bei der Wohlgroth-Besetzung immer wieder auch kritische Stimmen zum Thema Stadtentwicklung und kapitalorientierte Städteplanung laut wurden. Generell erlebte Zürich in den 90er-Jahren eine Abnahme an Besetzungen, was einerseits mit der entschärften Wohnungsnot, andererseits aber auch mit der Sammlung der vorhandenen Kräfte rund ums Wohlgroth-Areal erklärt werden kann. Die Wohlgroth funktionierte als alternative Insel zur bestehenden Gesellschaft, so dass man sie als Zäsur für die Besetzung als Aktionsform in Zürich lesen kann – sie leitete den Rückzug der Häuserkampf- und Wohnungsnotbewegung auf Inseln ein.

Nach 1999 gab es erneut eine verschärfte Situation auf dem Wohnungsmarkt, so dass es aufgrund der erhöhten Wohnungsnot zu mehr Besetzungen kam.

Gleichzeitig hatten jedoch auch Kulturbesetzungen einen Aufwind, was in der Wohlgroth begann. Obschon die Communiqués, beispielsweise der Besetzung Glacegarten oder Klubgestört, die Kommerzialisierung der Kultur und des Stadtraumes ansprechen, befasst sich die politische Auseinandersetzung vor allem mit dem Besetzen als Selbstzweck. Länger als diese beiden Besetzungen konnte sich das Egocity an der Badenerstrasse 97 halten, welches von 2001 bis 2004 besetzt war und zu den wichtigsten Kulturbesetzungen Anfangs der 2000er-Jahre zählt. Auch im Egocity war das Hauptziel die Schaffung eines unkommerziellen Kulturraumes, der von vielen verschiedenen, sich teils widersprechenden Gruppen und Strömungen genutzt wurde. Diese Tatsache widerspiegelte sich in der Zahl der TeilnehmerInnen an der RTS, welche als Protest gegen die Räumung des Egocitys organisiert wurde. Über 1500 Menschen nahmen an dieser RTS am 11. Oktober 2003 teil. Im Flugblatt zu dieser RTS wird die Kritik an der Vernichtung des unkommerziellen Kulturplatzes an die Profitgier gebunden, welche die Stadtentwicklung und Quartieraufwertung massgeblich strukturiere. Die Durchsicht unzähliger Flugblätter und Communiqués zeigt, dass die Kritik an der Stadtpolitik und Stadtplanung in den Statements der BesetzerInnen auch nach der wohnungspolitischen Bewegung verankert ist, man im historischen Bezug zu den 80er- und 90er-Jahren trotzdem von einer thematischen Verschiebung von Wohn- hin zu Kultur- und Freiraumangelegenheiten sprechen kann.

Daraus ergibt sich die Frage, ob mit diesem Wandel des „Grundthemas“ eine Entpolitisierung der Besetzungen einhergegangen ist. Der Blick in die Archive zeigt jedoch, dass dem Besetzen ein Grundkonflikt innewohnt, der unabhängig von der Motivation und der politischen Legitimation der Besetzung vorhanden ist: Besetzungen sind immer Räume von vielfältigem Interesse. Gerade grosse besetzte Areale werden von unterschiedlichsten Menschen mit unterschiedlichsten Erwartungen oder Vorstellungen bespielt – die Einheit darin besteht in der Besetzung an sich, aber nicht zwingend auch, wie die Besetzung aussehen soll. Das Besetzen ist nicht für alle mit einem Bruch zum Bestehenden gleichzusetzen,

sondern für viele BesetzerInnen auch Mittel zu günstigem Wohn- und Schaffensraum. Wer besetzt, erhebt zwar Anspruch auf Raum, der ihr oder ihm nicht gehört, das heisst aber nicht, dass man automatisch den gleichen politischen Horizont teilt. Gerade im Konflikt rund um die Räumung und allfällige Verteidigung des besetzten Raumes treten die teils widersprüchlichen Vorstellungen stark in Erscheinung und führen zu Schwierigkeiten, gegen aussen hin ein kämpferisches, offensives Zeichen zu setzen. Daraus neigen wir zur These, dass obschon eine Besetzung an sich eine antikapitalistische Praxis ist, sie nicht zwingend eine revolutionäre Perspektive beinhaltet. Einerseits kommt es darauf an, auf welche äusseren politischen Bedingungen die Besetzung stösst. So ging es, abgesehen von den grossen besetzten Arealen wie die Binz oder das Labitzkeareal, bei den meisten Besetzungen in der Stadt Zürich in den letzten Jahren nicht um ein Moment der Verschärfung der Widersprüche: Politisierung weicht einer Befriedung und Integration, was in der Beruhigungsstrategie der Stadt Zürich zu Grunde liegt, aber auch in der Motivation zur Besetzung. Viele Beispiele aus anderen Ländern wie Italien oder Spanien zeigen aber, dass eine Besetzung sehr wohl ein starkes Kampfmittel sein kann und vielmehr ein Teil von realer Gegenmacht darstellt statt einfach „ein Projekt“ zu sein. Denn schliesslich geht es bei einer Besetzung um eine Rückeroberung von Raum – wem welcher Raum gehört, wurde schon immer stark politisch verhandelt und ist gerade in der heutigen Phase der kapitalistischen Urbanisierung zentral. So heisst das Besetzen von Räumen, sich aktiv in diese Debatte einzubringen, was eben nicht nur Chancen im Kampf gegen die aktuelle Stadtentwicklung bietet, sondern im Sinne einer revolutionären Perspektive eben auch kollektive Organisation erfordert.



## Aneignung des öffentlichen Raumes

Besetzungen entfalten ihr Moment der Gegenmacht nicht nur in privaten Räumen wie Wohnungen sondern vor allem im öffentlichen Raum. Dieser kann durch Massenmobilisierungen angeeignet werden – sei es bei Demos, Kundgebungen, Sauvagen oder einer RTS. Der öffentliche Raum, insbesondere die Strasse ist dabei der zentrale Ort der Auseinandersetzung mit dem herrschenden System. Hier finden Demonstrationen statt, hier werden verschiedene Interessen und Vorstellungen kollektiviert und hier werden Meinungen ungefiltert an Aussenstehende vermittelt. Dabei ist die Strasse sowohl repressiv wie ideologisch stets ein umkämpftes Feld: Der Staat fordert dazu auf, eine Bewilligung einzureichen, die Polizei schränkt Wege ein, gibt Routen vor und Gerichte versuchen nachträglich Abweichungen hiervon zu bestrafen. Auf solche Einschränkungen kann eine Demonstration eingehen oder sich dagegen widersetzen. So kann sie beispielsweise darauf verzichten, eine Bewilligung einzuholen oder sie kann eine Route selbstbestimmt durchsetzen. Auch der Kampf um die Strasse lässt sich als eine Auseinandersetzung um eine revolutionäre Gegenmacht verstehen, deswegen ist die Verweigerung einer staatlichen Bewilligungspraxis oder der Versuch sich selbstbestimmt die Strasse zu nehmen auch kein Selbstzweck, sondern gelebtes Element eines Kampfes um eine revolutionäre Perspektive.

Bei Massenmobilisierungen manifestiert sich nicht nur Gegenmacht bezüglich eines politischen Themas, sondern die Aneignung von öffentlichem Raum ist per se eine Aktionsform, die an die Frage um die Stadt geknüpft ist. Gerade in Zeiten erhöhter Sicherheit und einem Stadtlablel, bei dem urbane Sicherheit auch eine Frage des Marketings ist, steigt die Repression, so dass alles unterbunden wird, was sich irgendwie in der Stadt bewegt und „unsicher“ sein könnte: Der internationale Standortwettbewerb prägt das städtische Zusammenleben und die architektonische Struktur weit mehr, als mancher denkt – was oben ausführlich beschrieben wurde. Daher steht jede Bewegung, jede Aktion im Stadtraum unweigerlich in Zusammenhang mit raumpolitischen Fragestellungen. Dies zeigt einmal mehr: Die Stadt und ihre Entwicklung betrifft uns alle, der Kampf

um die Stadt ist vielen anderen Kämpfen inhärent. Die Stadt ist ein Brennpunkt, in dem sich viele Konflikte verdichten und wiederum gegenseitig entzünden, deshalb ist der Kampf um die Stadt zentral. Ein Moment für den revolutionären Prozess ist dabei die Aneignung des öffentlichen Raumes.

Doch die Aneignung der Stadt funktioniert nicht nur anhand von Massenmobilisierungen. Auch Aktionen von Einzelnen sind Teil einer Rückeroberung der Stadt und Teil eines etappenweise strukturiertem Aufbaus von Gegenmacht: Sei dies klassischerweise durch Plakate, Sprays, Wandmalereien, Transparente, Bildprojektionen und Kleber oder durch agitative Aktionen. So kann man beispielsweise auf die Veränderungen in der Stadt hinweisen, in dem man im öffentlichen Raum anhand von künstlerischen Installationen die Unterschiede von vor und nach der Aufwertung sichtbar macht. Weiter finden sich Strategien zur „Ent-Gentrifizierung“, bei der es darum geht, das Quartier bewusst unschön und lärmig zu machen, um kein friedvolles Umfeld für Aufwertungsprozesse zu bieten. Widerstand gegen die Stadtentwicklung kann neben militant auch kunstvoll sein, der springende Punkt dabei ist jedoch, dass die Aktionen in einen politischen Kontext gestellt werden müssen, denn an sich hat keine noch so spektakuläre Aktion revolutionären Charakter – obschon Agitation und Gegeninformation aus dem revolutionären Prozess nicht wegzudenken sind.

## Kampf gegen die Disziplinierung der Stadt

Wie wir in der Subversion 18 schon angedacht haben, ist die Architektur des Stadtraumes nichts Zufälliges. Die Gestaltung des öffentlichen Raumes der Stadt beinhaltet Überlegungen zur Nutzung dieses Raumes. So entscheidet die Gestaltung eines öffentlichen Platzes darüber, wie dieser Platz genutzt werden kann. Gerade im Zuge der Aufwertung wird bewusst darauf geachtet, dass beispielsweise Plätze zum Verweilen, welche nicht zwangsweise an Konsum gebunden sind, minimiert werden. Sitzbänke und ähnliches werden bei neuen Projekten gar nicht mehr mitkonzipiert, dafür wird jedoch die vollends integrierte Überwachung mitgeplant, wie beispielsweise bei der Europaallee. Doch auch bei

älteren Plätzen oder Gebäuden werden Massnahmen getroffen, um Aufwertung voranzutreiben. So garantieren beispielsweise kleine metallene Dächer auf den Stromkästen entlang der Langstrasse, dass darauf keine Bierdosen oder ähnliches mehr abgestellt werden kann. Oder auf der Bäckeranlage wurde ein Grossteil der Bänke entfernt, um sogleich eine „Säuberung“ von Randständigen oder zahlungsschwachen Personen vorzunehmen. Des weiteren muss man Aufwertung und Aufstandsbekämpfung als aneinander gekoppelt denken. Städte werden im Prozess der kapitalistischen Urbanisierung so gebaut, dass man sie überwachen kann. Denn Überwachung heisst schliesslich Sicherheit und diese ist als Standortfaktor zentral für die Vermarktung der Stadt im internationalen Wettbewerb. Wie sich also gegen diese Zusammenhänge wehren?

Einerseits gibt es eine Vielzahl an Mitteln, der Überwachung im öffentlichen Raum entgegenzutreten. Dies reicht von der gezielten Zerstörung der Überwachungskameras bis hin zu Angriffen gegen Polizei- und Securitykräften. Aber auch das Errichten von Barrikaden oder eine Störung des Stadtverkehrs untergräbt die herrschende Stadtarchitektur, genauso wie Platzbesetzungen, Demonstrationen und Kundgebungen Teil der Rückeroberung des Stadtraumes sind. Diese Rückeroberung – auch wenn nur etappen- und stationsweise – ist zentral für die Rückeroberung eines Lebensraumes, der nicht für Profitinteressen des Kapitals verschandelt werden darf. Die Komponenten der Aufstandsbekämpfung sind in die städtische Struktur eingelassen, was schlussendlich heisst, dass sie eben nicht nur sichtbar, sondern eben auch angreifbar sind. Der Kampf gegen diese ist allerdings als Teil eines Ganzen zu sehen und nicht nur als taktische Notwendigkeit. Denn die Überwachung und die Architektur der Aufstandsbekämpfung entsprechen einer realen Formierung von Normen der Gesellschaft und gesellschaftlichem Verhalten. Die Anwendung von Technik auf die Gesellschaft und ihr Tun wie beispielsweise das Einsetzen von Drohnen zur Überwachung ist nicht per se wertfrei, sondern verfolgt ein bestimmtes Ziel und hat somit auch eine bestimmte Wirkung auf die gesellschaftlichen Zusammenhänge. Da Technik nicht einfach

neutral ist, ist die Normierung und Unterwerfung vom Menschen durch bestimmte Technik zu hinterfragen und allenfalls zu bekämpfen, so dass der Angriff auf Struktur, Architektur und technische Mittel der Aufstandsbekämpfung zwar nicht als das primäre Ziel revolutionärer Politik gelten, was jedoch nicht heisst, dass der Weg einer revolutionären Perspektive um den Kampf gegen Repression und Überwachung – in der Stadt und anderswo – vorbeiführt.

## Gegenmacht mit allen Mitteln?

Der Widerstand gegen die kapitalistische Urbanisierung ist vielfältig. Im Zentrum steht der Aufbau von Gegenmacht; auch diese lässt sich vielfältig gestalten. Wichtig ist jedoch, dass die Widersprüche, welche der Kapitalismus und somit auch die vom Kapital angetriebene Stadtentwicklung zu Tage fördern, verschärft werden. Es gibt immer wieder Initiativen der Stadtbewegung, die indirekt darum bemüht sind, die Gesamtsituation zu befrieden. Daraus entsteht eine Tendenz sozialen Widersprüchen in ihrer Wahrnehmung und mögliche Spannungen zu entschärfen. Denn aktive Betroffenenarbeit kann dazu führen, dass Konflikte, welche das System erschaffen hat, harmonisiert und oberflächlich gelöst werden, ohne dass dem ein Bewusstseinsprozess einhergeht. Es ist nicht die politische Aufgabe als RevolutionärInnen, soziale Arbeit für den Staat und das Kapital leisten. Das heisst im Umkehrschluss nicht, dass keine Solidarität mit Betroffenen vorhanden ist. Doch diese manifestiert sich im konkreten Kampf, also dort, wo sich Leute bewegen, wo es Mobilisierungen gibt. Doch aus revolutionärer Sicht macht es wenig Sinn, beispielsweise präventiv MieterInnenberatung zu betreiben oder für massenhaft gestrandete Mieter Unterschlupf zu suchen.

Das Konzept der Gegenmacht könnte auch so verstanden werden, dass man wichtige Posten einnimmt, um realpolitisch einwirken zu können. So gibt es beispielsweise in Deutschland interventionistische Gruppen, die in Stadtentwicklungsbüros mitarbeiten, um bei der Planung und Nutzung der Stadt mitreden zu können. Ein solches Vorhaben ist schwierig, denn so verlockend einfach diese Idee erscheint, desto komplizierter und befängener wird sich das eigene politische Verhalten

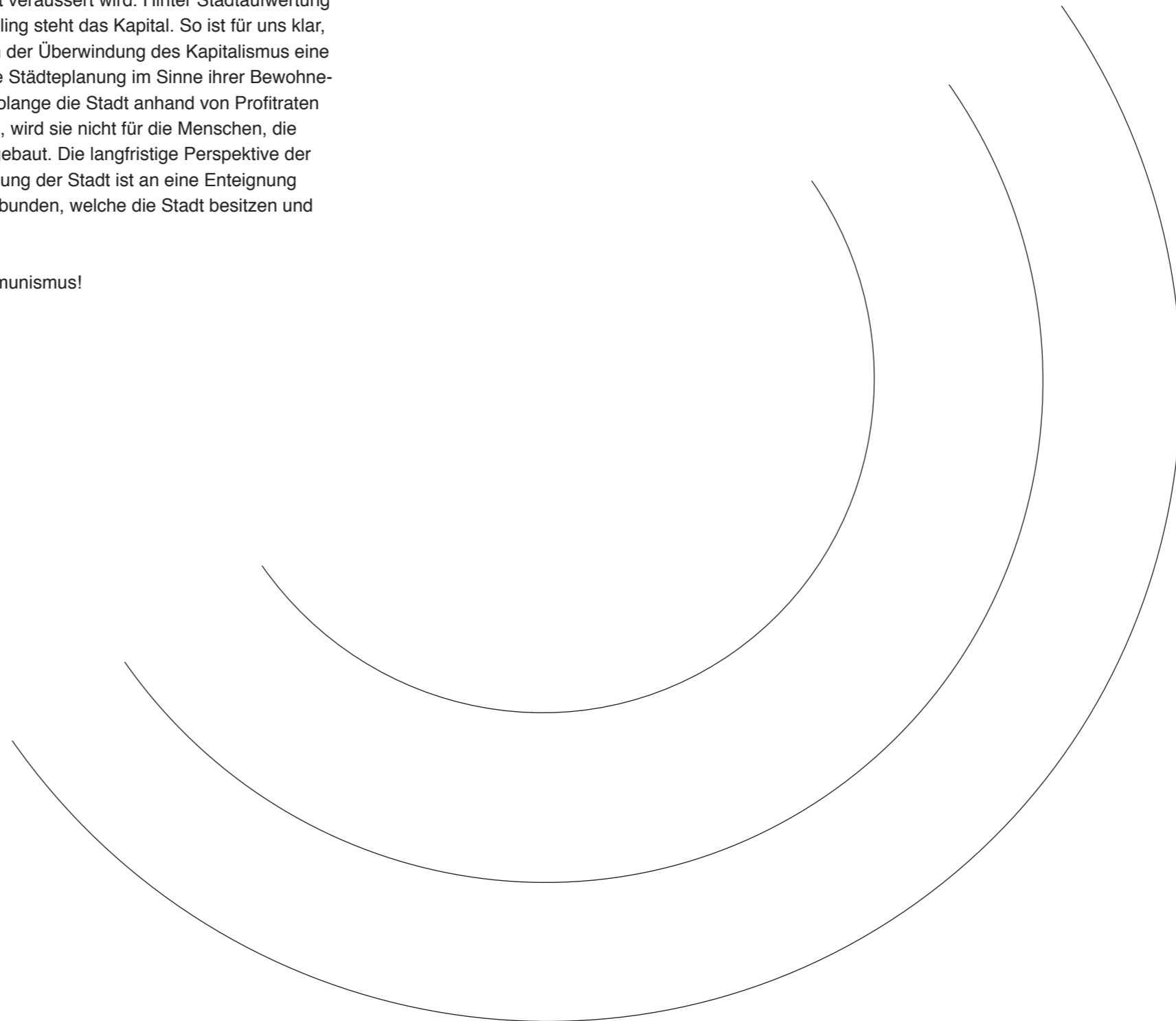
gestalten: Als Revolutionäre wird man heute im staatlich definierten politischen Rahmen nie und nimmer revolutionäre Politik betreiben können, ohne dass man von der eigenen Bruchposition abweicht. Denn der eigene Posten – das muss auch Polizeivorsteher Wolff hautnah erleben – erfordert gewisse Taten oder strukturiert das politische Handeln vor, so dass eine Abweichung der eigentlichen Ziele fast unausweichlich ist. Weil wir nicht glauben, dass man die Welt systemimmanent verändern kann, weil wir den Bruch mit dem Bestehenden suchen und schlussendlich den Kapitalismus überwinden wollen, lehnen wir solche Interventionen im Kampf um die Stadt ab.

Die anfängliche Frage war, welche Strategien und Praxisformen im Kampf gegen die kapitalistische Urbanisierung Teile einer revolutionären Perspektive darstellen und welche Probleme darin enthalten sind. Die Frage lässt sich nicht eindimensional beantworten, doch klar ist: Ein Patentrezept gibt es nicht. In der heutigen Lage der Defensive heisst es, sich am Aufbau der Gegenmacht zu orientieren, im Feld der Stadt und anderswo. Dabei gilt es immer wieder akribisch zu überprüfen, welche Kampfformen revolutionäres Potential inkludieren – also welche Formen die Widerspruchsfronten erhärten, die Bruchposition zum Bestehenden sichtbar machen und nah an der Bewegung, an den Massen sind. Gleichzeitig ist es immer wieder zentral, die politischen Bedingungen zu lesen, um daraus Notwendigkeiten formulieren zu können. Obschon wir sagen, dass die Stadt grosses revolutionäres Potential hat, ist nicht jeder Widerstandsakt gleichwohl Teil eines revolutionären Prozesses. Es kommt auf die äusseren Umstände sowie auf das vorhandene Bewusstsein an, um eine Einschätzung abgeben zu können, welche Aktion, welche Mobilisierung oder welche Bewegung entlang einer revolutionären Perspektive verläuft.

Um im Kampf um die Stadt wirksam zu bleiben, braucht es Informationsbildung und Praxis gleichermassen. Dem versucht die vorliegende Broschüre gerecht zu werden. Sie ist einerseits als Informationsquelle, aber auch als Handlungsanleitung gedacht. Denn im Kampf um die Stadt braucht es uns alle! Die kapitalistische

Urbanisierung macht viele betroffen und genauso vielfältig sollten wir uns dagegen wehren, wenn Lebensraum für Profit veräussert wird. Hinter Stadtaufwertung und Stadtlabeling steht das Kapital. So ist für uns klar, dass es nur in der Überwindung des Kapitalismus eine Lösung für die Städteplanung im Sinne ihrer BewohnerInnen gibt. Solange die Stadt anhand von Profitraten gestaltet wird, wird sie nicht für die Menschen, die sie beleben, gebaut. Die langfristige Perspektive der Wiederaneignung der Stadt ist an eine Enteignung derjenigen gebunden, welche die Stadt besitzen und vermarkten.

Für den Kommunismus!



## Exkurs:

### Wenn in der Schweiz gebaut wird: Eine Geschichte über ein 10-Millionen-Projekt und die Rolle der Wissenschaft oder die Frage, was den Urban Think Tank mit dem Schweizerischen Ingenieur- und Architektenverein verbindet.

Wer in der Schweiz grosse Bauprojekte umsetzen will, braucht hierfür die Unterstützung verschiedenster Interessensgruppen. Nicht immer fällt es den AkteurInnen leicht, sich im Dschungel möglicher UnterstützerInnen und potentieller GegnerInnen zurechtzufinden. Vielleicht muss man die folgende Geschichte deswegen auch als eine politische Lektion in Sachen Kapitalinteresse, Schweizer Bautätigkeit und kapitalgesteuerter Wissenschaft erzählen.

Durch den Bevölkerungszuwachs verändert sich die Schweiz. Neue Menschen erfordern neue Infrastrukturprojekte und neue VerbraucherInnen benötigen neue Ressourcen, so die einfache Formel der Baulobby. Doch gross angelegte Bauprojekte kennen in der Schweiz zahlreiche potentielle GegnerInnen: Von der Naturschützerin über den Bauernverband bis zur Familienhausbesitzerin kann jede als potentielle/r BlockiererIn die Bühne betreten und ein Projekt zumindest temporär verzögern. Dies stellt die Bauherren immer vor die Herausforderung, die zuständige Politik von möglichen Investitionen zu überzeugen. Auf der Seite derjenigen, welche die öffentliche Hand gerne zugunsten der Notwendigkeit neuer Projekte einnehmen will, steht unter anderem der Schweizerische Ingenieur- und Architektenverein (SIA). Dieser vertritt als Lobbygruppe rund sechzehntausend Mitglieder aus dem Ingenieur- und Architekturbereich, die von Berufswegen allesamt auf eine kontinuierliche Bautätigkeit angewiesen sind.

Vor zwei Jahren lancierte SIA deswegen das öffentlichkeitswirksame Projekt Schweiz 2050. Dieses beschäftigt sich mit der Frage, wie sich eine ganzheitliche Raumstrategie für die Schweiz entwickeln lässt, die der wachsenden Einwohnerschaft zur Jahrhundertmitte gerecht werden kann. Die Schwerpunkte liegen in den

Fragen der Urbanisierung, der Personenmobilität und der Energieversorgung. Anhand einer computergesteuerten Simulation der Entwicklung der Region Aarau-Olten sollen in einer ersten Projektphase Elemente einer Raumstrategie entwickelt werden, die dann bis 2020 geographisch ausgeweitet und verallgemeinert werden können. Gemäss diesen Resultaten sollen der Bund und die Kantone schliesslich ihre zukünftige Infrastrukturpolitik bestimmen.

Der SIA verspricht sich viel vom Projekt, immerhin wird für die strategische Studie ein Budget von 10-12 Millionen Franken veranschlagt. Davon werden rund 1 Million Franken vom SIA selbst zur Verfügung gestellt. Der restliche Betrag wird planmässig durch Forschungsstätten, die öffentliche Hand, Stiftungen und privatwirtschaftlichen Partner bezahlt. Diesbezüglich erkundigte sich SIA auch schon bei der Economiesuisse und dem Baumeisterverband, ob diese sich als private Vereine nicht auch am Projekt beteiligen wollen. Es wäre nicht das erste Mal, dass man zusammenspannt. Schon für die vom Bund lancierte Energiestrategie 2050 arbeiten Baumeisterverband und SIA als Partnerverbände des Bundes gemeinsam an einer zukünftigen Infrastrukturpolitik.

Dass der Ingenieur- und Architektenverein darum bemüht ist, unterschiedliche AkteurInnen einzubinden, hat einen einfachen Grund: Dem Interessenverband geht es mit seinem Projekt Schweiz 2050 nicht darum, was konkret gebaut wird, sondern vielmehr darum, dass überhaupt gebaut wird. Um die Bautätigkeit langfristig anzukurbeln, setzt der SIA auf eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit. So soll beispielsweise die Politik von der Infrastrukturerneuerung und den dazu notwendigen Umzonungen überzeugt werden, indem das Bevölkerungswachstum 2050 stets mit der magischen Zahl 10 Millionen veranschlagt wird. Die zweistellige Zahl erlaubt das Rechnen mit hohen Wachstumszahlen und erweckt gleichzeitig den Eindruck eines Bevölkerungssprungs, dem von der Politik Rechnung getragen werden muss. Doch welches Forschungsinstitut mit angesehenem Ruf ist in der Lage eine solche auf durchaus unsicheren statistischen Beinen stehende Studie in seinem Namen durchzuführen?

### Urban Think Tank

Szenenwechsel: Seit 2010 führen der Venezolaner Alfredo Brillembourg und der Österreicher Hubert Klumpner gemeinsam den Urban Think Tank an der ETH. „Sie erforschen die Armenviertel der Welt und finden dort kreative Kräfte“ stellte der Tages-Anzeiger die beiden Professoren vor einem Jahr in einem Porträt vor. Tatsächlich beschäftigen sich Brillembourg und Klumpner seit mehreren Jahren mit den Armenvierteln von Marrakesch, Mumbai oder Caracas, der Heimatstadt von Brillembourg. „Unkontrolliert, manchmal chaotisch, aber kreativ“, bezeichnen sie die informellen Strukturen dieser Städte und setzen damit einen Gegenpol zur starren Städteplanung früherer Zeiten, in denen die Armenviertel primär als Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung verstanden wurden.

In ihrer Forschung legen sie besonderen Wert auf die öffentliche Vermittlung ihrer Tätigkeit, was sie in den Grenzbereich von Wissenschaft, Kunst und Architektur führt. Letztes Jahr organisierten sie an der ETH beispielsweise eine Ausstellung zu den aktuellen Problemen und Chancen der neuen Megacities. Darin stellten sie über grosse an der Decke befestigte Banner unter anderem die Frage nach der Verantwortung der Architektur in Zeiten kapitalistischer Krisen. Durch solche Inszenierungen erscheinen Brillembourg und Klumpner als junge, urbane, alternative und linke Nachwuchsforscher und das kommt sowohl an den Universitäten als auch in der Öffentlichkeit gut an.

Was sie von den Armenvierteln Lateinamerikas und Asiens gelernt haben, würden Brillembourg und Klumpner am liebsten auch in Schweizer Städten erleben. Daraus ergibt sich manchmal eine markante Nähe zu marktliberalen Vorstellungen: Wenn es in den Städten liberalisierte Bauzonen gäbe, könnte sich dort nicht eine bisher unbekannte Kreativität entfalten, die schliesslich wieder städtebaulich reintegriert werden könnte? Kann eine solche Kreativität nicht auch ein Wirtschaftsfaktor sein? Mit solchen Fragen liegen sie im Trend und auch das kommt an. Und zwar so gut, dass die ETH im Jahre 2010 kurzerhand beschloss Brillembourg und Klumpners Vorläuferprojekt, der in Caracas angesiedel-

te Urban Think Tank, als Institut nach Zürich zu zügeln und dieses am Lehrstuhl für Architektur und Städtebau anzusiedeln. Hierfür wurde derart viel Geld gesprochen, dass der Think Tank bis zu 24 Architekten und Städteplaner anstellen konnte, was abzüglich der nicht eingerechneten externen Mitarbeiter eine anschauliche Anzahl für ein Institut ist, das nur von zwei Professoren betreut wird.

Trotz dieser akademischen Stellung arbeiten Brillembourg und Klumpner unkonventionell. Statt dass sie dicke Monographien herausgegeben würden, bevorzugen die beiden die Zusammenarbeit mit internationalen Künstlern. Und statt dass theoretische Seminare gehalten werden, präferieren die beiden die Entwicklung von Kulturprojekten für die Favelas von São Paulo, die Herausgabe von Magazinen für die kritischen urbanen Studierenden oder die Planung für die bessere Erschliessung der Elendsviertel von Caracas. Doch wieso bezahlt die ETH einen Lehrstuhl, dessen Homepage mehr einem Grafikbüro gleicht und dessen Projekte hauptsächlich in den südlichen Metropolen angesiedelt sind? Die Antwort liegt in der Öffentlichkeitsarbeit und im strahlenden urbanen Image des Institutes.

Der Urban Think Tank und seine MitarbeiterInnen sind darauf spezialisiert, Informationen und sich selbst öffentlichkeitswirksam zu verkaufen. Hierfür legen sie viel Wert auf die grafische Aufarbeitung ihrer inhaltlichen Beiträge. Man könnte daraus den Vorwurf erheben, dass dem Urban Think Tank die grafische Veranschaulichung wichtiger als die Forschung selbst ist. Doch es ist schwierig solche Vorwürfe zu belegen, zu innovativ und unkonventionell scheint das Forschungsfeld von Brillembourg und Klumpner im Vergleich zu anderen Wissenschaften. Wohl kann dem Urban Think Tank nicht unterstellt werden, dass zu wenig wissenschaftlich gearbeitet wird. Vielmehr ist davon auszugehen, dass der Effizienzdruck in der Wissenschaft dazu geführt hat, dass sich Projekte immer besser verkaufen müssen. Der Urban Think Tank hat dies zu seinem Erfolg auf die Spitze getrieben, indem er Wissen nur noch in grafisch aufgearbeiteter Form mittels öffentlichkeitswirksamer Publikationsmedien verbreitet. Dies kommt schliesslich

zugleich dem Standort ETH als auch der Ausstrahlung der Stadt Zürich zugute, die sich beide am unkonventionellen Zugang des Urban Think Tank erfreuen.

### Schweiz 2050

Dennoch ist der Urban Think Tank mit seinem Lehrstuhl darauf angewiesen, Forschungsbeiträge zu publizieren, die sich nicht nur durch ihre Aufmachung auszeichnen. Hierfür kann er auf eine Reihe überaus qualifizierter MitarbeiterInnen zurückgreifen. Eine gute Gelegenheit sich zu profilieren ergab sich mit dem Angebot des SIA, einen Teil der Studie Schweiz 2050 durchzuführen; der andere Teil der Studie wird bezeichnenderweise vom Institut Stadt der Gegenwart, geleitet von den beiden Stararchitekten Jacques Herzog und Pierre de Meuron, durchgeführt. Wie es zu diesem Deal kam, lässt sich nicht nachvollziehen. Bekannt ist hingegen, dass das SIA die Grunddaten zur Verfügung stellen wird und der Urban Think Tank daraus ableitend zusammen mit IngenieurInnen des Laboratory for Energy Conversion (LEC) der ETH die Simulationen im Raum Aarau-Olten durchführen wird. Soweit handelt es sich um einen ganz normalen Auftrag, wie er in der Wissenschaft täglich passiert. Doch die Interessen der beiden Partner legen nahe, dass es um weit mehr geht. Liest man etwa die hauseigenen Publikationen des SIA, dann ergibt sich daraus zwangsläufig ein happiger Vorwurf: Das SIA kauft sich mit seinem Auftrag eine Studie, die belegen soll, dass die Schweiz grössere Infrastrukturprojekte brauche. Als Gegenleistung erhält der Urban Think Tank die Möglichkeit, sich wissenschaftlich mit einem regionalen Projekt auszuzeichnen. Beweisen lässt sich dies freilich nicht. Doch angesichts der jeweiligen Interessenslagen und der möglichen Auswirkungen des SIA-Projektes auf die Natur und die zukünftige Raumgestaltung handelt es sich um einen brisanten Auftrag, der durchaus kritisch hinterfragt werden müsste.

Tatsächlich aber sind solche Auftragsstudien in anderen Bereichen längst gang und gäbe, etwa in der Pharmaindustrie, wo Medikamentenstudien mit vergleichbarer Auftragslage durchgeführt werden. Die ETH wehrte sich öffentlich bisher immer vehement dagegen, dass in ihren Räumen eine Verschränkung von Kapital- und

Forschungsinteresse bestehe. Doch die Arbeit des Urban Think Tank beweist das Gegenteil. Schon bald werden neue AuftragsgeberInnen anklopfen und vergleichbare Studien fordern, InteressentInnen hierfür gibt es hierfür schliesslich genug; nicht zuletzt, weil der SIA in seiner Projektankündigung auch das Ziel formulierte, mit der Studie eine internationale Vorreiterrolle einzunehmen. Je mehr zukünftige Aufträge entstehen, desto mehr Geld und Reputation wird dies in die Kasse des Urban Think Tank spülen und desto stärker steigt auch die Ausstrahlung der ETH; freilich ohne dass überhaupt noch jemand hinterfragen würde, welche Interessen eigentlich hinter der Städteforschung stehen. Der Urban Think Tank wird sich jedoch auch in Zukunft nicht verantworten müssen. Denn wenn alles gut geht, werden die prophezeiten Bauprojekte bald schon eine räumliche Realität erschaffen haben, die von der simulierten Realität als Notwendigkeit längst schon vorhergesagt wurde.

### Aktivismus als Verkaufsstrategie

Dass der Ruf der beiden Professoren und des Urban Think Tank bisher nicht gelitten haben, liegt an einer weiteren Verkaufsstrategie: Brillembourg und Klumpner geben sich nicht als Forscher, sondern als Aktivisten aus. Mit Referenzen auf Deleuze und Guattari verkaufen sie ihren Think Tank als ein rhizomatisches und machtdezentriertes Forschungszentrum. Sie sind Teil einer selbsternannten linken Forschungscommunity, die mit linken Theorieversatzstücken spielt und sich je nach Lust und Laune auch für einzelne aktivistische Projekte einsetzt. Hierauf legen Brillembourg und Klumpner auch in ihren Publikationen wert.

Den bisher grössten wissenschaftlichen Erfolg erzielten die beiden mit der Erforschung der informellen Strukturen des besetzten Centro Financiero Confinanzas in Caracas. Das Hochhaus, auch bekannt unter dem Namen Torre de David, befand sich ab 1990 in Bau, wurde aber aufgrund fehlender Mittel nie fertiggestellt. Infolgedessen wurden die leerstehenden Stockwerke nach und nach besetzt. Brillembourg und Klumpner untersuchten vor einigen Jahren die dabei entstehenden sozialen Strukturen. Im Torre de David fanden sie zahlreiche Innovationsräume vor, die sich im Sinne

neuer Wohnmodelle auch für andere Schwellenländer als zukunftssträftig erweisen könnten. Der innovative Ansatz, in der zugehörigen Publikation Informal Vertical Communities zusammen mit zahlreichen Fotos und Modellen publiziert, fand sowohl in den Feuilletons, in den Architektur- und Kunstmagazinen, als auch in der Wissenschaft Anklang.

Doch es gab auch kritische Stimmen, die in der architektonischen Expertise vor allem eine „verschleierte Taktik zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit“ sahen, wie der Architekt Markus Miessen in seinem Essay Alptrium Partizipation die Arbeit von Brillembourg und Klumpner charakterisiert. Tatsächlich untersuchen die beiden Professoren weniger die politischen Fragen, wie sich beispielsweise der soziale Raum in der Besetzung organisiert, denn vielmehr die ökonomische Frage, wie der soziale Raum gerade in seinem chaotischen Zustand marktorientierte Makrostrukturen erschafft, die sich später oder an anderen Orten wieder in der Stadt integrieren lassen. Eine solche Kritik passt nicht ins Bild der urbanen linken Forscher. Werden sie auf diese Kritik angesprochen, verweisen Brillembourg und Klumpner gerne auf Mächte, die ihre eigene Wirkungskraft übersteigen. So erklärten sie im letztem Jahr dem Tages-Anzeiger auf Anfrage, dass die „energiefessende Politik“ des globalen Südens schuld daran sei, dass einzelne Projekte von ihnen nicht richtig umgesetzt werden konnten oder dem linken Selbstverständnis gegenteilig Formen annahmen. Vielleicht vermag die „Politik des Südens“ schlicht nicht mit der kreativen Innovationsgeschwindigkeit der beiden Professoren mitzuhalten, die mehr in ein neoliberales Reformunternehmen passen würde und so gar nicht machtdezentral funktioniert.

Das systematische Übergehen solcher kritischer Einwände hat sich bisher aber ausgezahlt. Für ihr Forschungsprojekt in Caracas erhielten Brillembourg und Klumpner 2012 den Goldenen Löwen der Architekturbiennale von Venedig, zwei Jahre später wurde das von ihnen erforschte Hochhaus geräumt. Eine kleine Anekdote sei hierzu erwähnt: In Auftrag gegeben wurde das nicht fertiggestellte Hochhauses vom Banker und Investor David Brillembourg, der über den Ölboom der

1970er Jahre reich wurde und mit seinem Bauprojekt die Grundlage einer venezolanischen Wallstreet legen wollte. David Brillembourg fiel später in den Strudel der venezolanischen Wirtschaftskrise und starb 1993 zusammen mit seinem Bauprojekt. Wie die Name schon verrät, handelt es sich bei David um einen nahen Verwandten vom ETH-Professor Alfredo Brillembourg, dem späteren Entdecker der informellen Strukturen des Torre de David. Nicht dass Alfredo für die Klassenherkunft seiner Verwandten verantwortlich wäre, doch sei durchaus die Frage erlaubt, ob es in Brillembourgs wissenschaftlicher Praxis nicht eine ideologische Kontinuität zur Klasse gibt, der er entspringt.

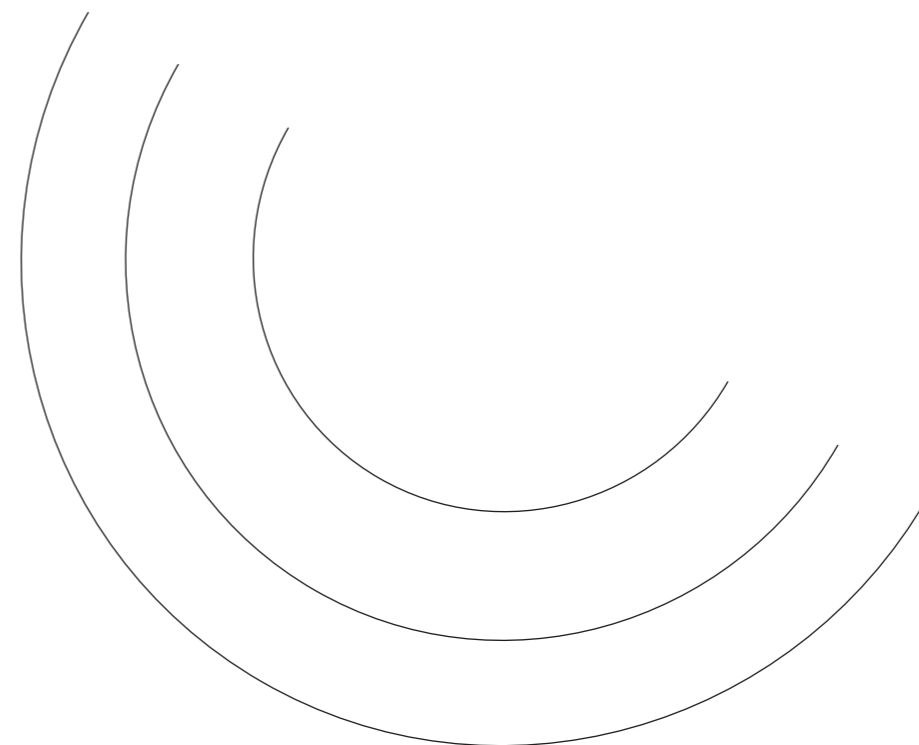
Ein vergleichbares Projekt, dessen Resultate im Namen von Brillembourg und Klumpner veröffentlicht und das unter anderem von der deutschen Bundeskulturstiftung finanziert wurde, war das zwischen 2002 und 2004 entstandene Caracas-Case-Projekt. Das interdisziplinäre Forschungsprojekt setzte sich mit der informellen Struktur von Caracas auseinander und formulierte die Zielsetzung, mittels künstlerischer und wissenschaftlicher Aufarbeitung den Einfluss und den Veränderungsdruck des informell Chaotischen auf die urbane Realität zu erforschen. Markus Miessen hat dieses Projekt später in einem Interview mit der daran beteiligten Künstlerin Sabine Bitter aufgearbeitet. Bitter beklagt sich dabei darüber, dass das Caracas-Case-Projekt schon von Beginn an „wie ein Büro für Städtebau“ konzipiert war. Statt dass „die Repräsentationspolitik des Raumes“ untersucht wurde, wie sie es in ihrem eigenen dazugehörigen Filmprojekt Living Megastructures als Ziel formulierte, ging es den Projektleitern letztlich um die wirtschaftliche Reproduktion des Urbanen. Bitter erläutert dabei auch die charakteristische Grundproblematik, die den Stadtprojekten von Brillembourg und Klumpner so eigen ist: „Der allgemeine Rahmen des Projektes ist nie als ein soziales Projekt formuliert worden.“ Dies hat zur Folge, dass es nicht mehr um das soziale oder politische Feld geht, sondern vielmehr um eine „marktgerechte Partizipation“.

Neuste Tätigkeit, um die Reihe abenteuerlicher Projekte des Urban Think Tanks abzuschliessen, ist das an der diesjährigen Architekturbiennale ausgestellte Projekt „Sarajevo now“. Mit finanzieller Unterstützung der ETH und des Nationalfonds (SNF) kurieren Brillembourg und Klumpner darin eine Ausstellung über das historische Museum von Sarajevo. Wieder geht es ihnen vordergründig um die Problemstellung, wie sich in einer Situation der relativen Mittellosigkeit informelle Strukturen etablieren können. Die darin legitim enthaltenen Fragen, beispielsweise wie Geschichte in Zeiten der entstehenden Geschichte dargestellt oder wie sich eine Bevölkerung selbst repräsentieren kann, werden aber erneut durchkreuzt, indem es letztlich darum geht, was die Architektur aus solchen informellen Situationen für Schlüsse ziehen kann. Daraus entsteht die dem Urban Think Tank so eigene Ästhetisierung der Armut, der jedes Problembewusstsein abhandengekommen ist, was es heisst, Bilder des prekären Urbanen an einer Kunst- oder Architekturbiennale zu reproduzieren. Letzte Anekdote am Rande: Gesponsert wird das Projekt durch das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO), den privaten Lichthersteller Zumtobel, den Textilhersteller Création Baumann oder den Technologiekonzern Georg Fischer AG. Eine bemerkenswerte Liste, wenn man bedenkt, dass die ETH noch immer felsenfest davon überzeugt ist, dass Drittmittel keinen Einfluss auf die Forschung nehmen.

### Stadtentwicklung und ihre Erforschung

Brillembourg und Klumpner sind keine Ausnahmen, sondern Beispiele einer sich selbst als links verordnenden Forschungsgemeinschaft, welche die Selbstvermarktung und Ästhetisierung von Forschungsbeiträgen als Verkaufsstrategie und Möglichkeit zur Generierung von Drittmitteln entdeckt hat. Dies ist Teil des akademischen Spiels im Kapitalismus, deswegen ist es auch kein Zufall, dass diese Forschungsgemeinschaft ein weiteres gemeinsames Erkennungsmerkmal besitzt: Linke TheoretikerInnen sind Referenzpunkte einer wissenschaftlichen Erkenntnissuche, aber nur dann, wenn es nicht um die eigene Praxis geht. Sobald diese tangiert wird, befinden sich die linken ProfessorInnen rasch näher an der Politik einer Economiesuisse als an der eklektisch propagierten linken Theorie; was sich in der Regel sowohl in den Arbeitsverhältnissen am eigenen Institut als auch in der ideologischen Reproduktion herrschender Zustände zeigt. Der einzige Unterschied von Brillembourg und Klumpner zu anderen VertreterInnen ihrer Zunft liegt darin, dass die beiden durch ihre Verbindungen zur Bauwirtschaft gegenwärtig weit mehr Einfluss auf die Entwicklung der Schweiz haben als die meisten Protagonisten der Geisteswissenschaften es sich je erträumen könnten.

Solche Beobachtungen sind bezüglich Stadtpolitik und ihrer wissenschaftlichen Erforschung noch expliziter zu formulieren. So ist das Thema Stadtentwicklung seit Jahren ein gern gewähltes Thema von Dissertationen, Abschlussarbeiten und Forschungszusammenhängen. Was erst als erhoffte Symbiose zwischen Aktivismus und Forschung in Erscheinung tritt, drängt in erschreckender Regelmässigkeit nach einigen Jahren Forschungstätigkeit zurück in den Schoss bürgerlicher Herrschaftsansprüche oder vertritt gar, wie das Verhältnis SIA / Urban Think Tank zeigt, das Interesse des Kapitals. Zu erwähnen sind diesbezüglich nicht nur Brillembourg und Klumpner, sondern auch Personen wie Richard Wolff, einst Stadtentwicklungsforscher heute Vorsteher der Zürcher Stadtpolizei. Wie mit dem umzugehen ist, bleibt eine offene Frage linker Wissenschaftsansprüche.





**Beiträge zum Kampf gegen  
die Stadtaufwertung**